

(Beginn: 9:08 Uhr - Ende: 11:56 Uhr)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 34. Sitzung des Rates in der Wahlperiode 2009/2014 und heiße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates herzlich willkommen. In ganz besonderer Weise begrüße ich Herrn Dr. Rolf Albach, den wir gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werden.

(Beifall bei der FDP sowie von Martin Börschel [SPD])

Heute haben wir uns viel vorgenommen. Heute Morgen geht es um die Verabschiedung des städtischen Haushaltes. Ab 14 Uhr folgt eine reguläre Ratssitzung mit zahlreichen Beschlüssen. Wir haben also einen umfänglichen Arbeitstag vor uns.

Es besteht die Möglichkeit, im Consilium ein Mittagessen einzunehmen -

(Zurufe: Oh!)

Klammer auf: auf eigene Kosten; Klammer zu.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Auf eigene Kosten? Großzügig!)

Zu Beginn möchte ich Herrn Dr. Rolf Albach als neues Ratsmitglied einführen.

Frau Gebauer hat nach ihrer Wahl in den Landtag Nordrhein-Westfalen in der letzten Woche ihr Ratsmandat niedergelegt. Sie wird uns aber erhalten bleiben und im Schulausschuss weiterhin als sachkundige Bürgerin vertreten sein.

Als ihr Nachfolger im Rat wurde nach § 45 des Kommunalwahlgesetzes Herr Dr. Rolf Albach festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Ich bitte deshalb alle Anwesenden, auch die Gäste auf der Tribüne, sich von den Plätzen zu erheben. Herrn Dr. Albach darf ich bitten, zu mir zu kommen.

Herr Dr. Albach, Sie haben mir mitgeteilt, dass Sie als Ratsmitglied weiter im Ausschuss für Umwelt und Grün sowie im Betriebsausschuss Abfallwirtschaft, denen Sie bereits als sachkundiger Einwohner angehört, mitarbeiten werden.

Ich komme jetzt zur Verpflichtung. Im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Ich darf Sie ganz herzlich in unseren Kreis aufnehmen.

(Dr. Rolf Albach [FDP]: Vielen Dank!)

Auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Jetzt geht es mit den folgenden Punkten weiter:

Entschuldigt hat sich für diese Sitzung Frau Wolter.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Kaske, Herrn Kienitz und Frau von Bülow.

(Zuruf von Winrich Granitzka [CDU])

- Wie ich gerade höre, ist auch Frau Dr. von Möller heute leider nicht anwesend. Sie ist entschuldigt, weil sie heute in Hamburg heiratet.

(Zurufe: Oh!)

Beides zusammen geht nicht. Da muss man abwägen, was einem wichtiger ist.

(Heiterkeit)

Ich kann mir vorstellen, dass dies in dem Sinne - -

(Beifall bei der CDU)

Heute geht es um den Haushalt, der den Rahmen für unsere Ratspolitik gibt. Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir wie in den Vorjahren von der Möglichkeit Gebrauch machen, unsere Geschäftsordnung zu ändern und die Redezeit für diesen Einzelfall abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, hier im Rat einmal zur Verabschiedung der Haushaltssatzung zu sprechen. Diese verlängerte Redezeit soll dann auch die sonstigen Punkte und Anträge dieser Sitzung erfassen, sodass wir in dieser Sitzung möglichst effektiv arbeiten können.

Die Redezeit soll, wie bisher üblich, nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das

bedeutet: Die Fraktionen von SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 30 Minuten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 25 Minuten. Die Fraktion der FDP hat die Möglichkeit, 20 Minuten zu sprechen. Die Fraktionen pro Köln und Die Linke. erhalten eine Redezeit von jeweils bis zu maximal 15 Minuten. Die Einzelmandatsträger Herr Hoffmann und Herr Zimmermann haben die Möglichkeit, jeweils bis zu zehn Minuten zu sprechen.

Die verlängerte Redezeit gilt für alle Vorlagen und Anträge, also alle bei den Tagesordnungspunkten 1, 2, 6, 7, 8, 9, 10 und 11 aufgeführten Punkte einschließlich möglicher Dringlichkeits-, Änderungs- und Zusatzanträge. Es bleibt dann also bei einer Rederunde.

Gibt es dazu Fragen? - Herr Uckermann, bitte.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Natürlich begrüßen wir diese Kontingentierung. Wir stellen aber fest, dass hier der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt ist. Unsere Fraktion hat nur fünf Minuten länger Rederecht als ein Einzelmandatsträger und genauso viel Rederecht wie eine kleinere Fraktion. Ich bin der Meinung, dass man das jetzt noch einmal korrigieren sollte. Wir beanspruchen mehr Redezeit. Ich bitte Sie, entsprechende Regelungen zu treffen. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ich gehe davon aus, dass diese Redezeit der jeweiligen Bedeutung der Fraktionen angemessen ist. Über diese Festlegung werden wir auch gleich abstimmen. Ich sehe keinen Grund, jetzt von dieser bewährten Regelung, die wir auch beim letzten Mal praktiziert haben, abzuweichen.

Dann lasse ich zunächst über den Antrag von Herrn Uckermann abstimmen. Wer für eine Verlängerung der Redezeit der Fraktion pro Köln ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Somit abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über das Verfahren, das ich eben dargestellt habe. Gibt es Einwände gegen diese Festlegung der Redezeiten? - Gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dies so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir die Haushaltsreden direkt an den Beginn der Sitzung legen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge, sofern vorhanden, finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: 4.1, 8.8 und 8.9.

Abgesetzt werden die Tagesordnungspunkte 8.4 und 8.6. In der heutigen Sondersitzung des Verkehrsausschusses gab es noch Beratungsbedarf. Deswegen habe ich mich gehalten gesehen, den Tagesordnungspunkt 8.6 von der Tagesordnung zurückzuziehen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Bitte schön.

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Herr Oberbürgermeister, das ist eine gravierende Angelegenheit, die jetzt sehr lange diskutiert worden ist. Es hat heute eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses gegeben, um diesen Punkt noch rechtzeitig für diese Ratssitzung zu verabschieden. Das ist bestimmt für Sie nicht angenehm. Jetzt wollen Sie diese Sache im Prinzip aus der Welt schaffen, indem Sie nicht darüber abstimmen lassen.

Meines Erachtens sollte man so viel politischen Anstand haben, dass man dieses Thema hier zur Debatte stellt, weil es für die Stadt und insbesondere für die städtischen Finanzen enorm wichtig ist. Ich bitte Sie also, bei der ursprünglich vorgesehenen Beratungsfolge zu bleiben. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Dann kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Uckermann, den Punkt 8.6 auf der Tagesordnung zu belassen. Wer ist dafür? - Die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun stimmen wir über die Tagesordnung ab. Wer gegen die jetzt so festgelegte Tagesordnung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Reden zu der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan. Ich darf Herrn Börschel bitten, nach vorne zu kommen.

**Martin Börschel** (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Das Mikrofon ist noch nicht eingeschaltet)

- Kein Saft mehr? Das geht ja gut los am frühen Morgen.

(Andreas Köhler [CDU]: Kein Geld mehr für den Strom!)

- Freut euch nicht zu früh. Eine halbe Stunde ist bald vorbei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das gleich im Eifer des Gefechts vergesse, möchte ich, da wir heute den Haushalt beraten, ganz herzlich allen Beteiligten in der Stadtverwaltung dafür danken, dass wir hier überhaupt ein solches beratungsfähiges Werk vor uns haben. Ich weiß, dass es die gesamte Stadtverwaltung, nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei und die Kämmerin selbst, über die Monate der Entstehung immer sehr in Aufruhr versetzt, und finde schon, dass der Rat sich an dieser Stelle bei der Verwaltung für die Vorarbeit bedanken sollte - insbesondere bei dem heute zum letzten Mal einem solchen Akt beiwohnenden Leiter der Kämmerei, Herrn Körber, der 15 Jahre als Chef der Kämmerei das alles hier vorbereitet hat und heute sozusagen in den gleitenden Ruhestand verabschiedet wird. Herr Körber, Ihnen, Ihrem Team und Frau Stadtkämmerin Klug ganz herzlichen Dank für die Vorarbeit!

(Beifall)

Wir beraten heute den Haushalt 2012 und die Mittelfristplanung bis 2015 - einen Haushalt, der 2012 mit einem Defizit von etwa 220 Millionen Euro abschließt, und eine Mittelfristplanung, die in den nächsten Jahren einen Eigenkapitalverzehr von weiteren etwa 750 Millionen Euro ausweist.

Das kann keinen zufriedenstellen. Ganz im Gegenteil: Wer diese Zahlen sieht, muss darüber in Sorge geraten, obwohl Köln mit dieser schwierigen Finanzsituation nicht alleine steht. Keiner der 40 größten Städte in NRW, die im Städtetag Nordrhein-Westfalen organisiert sind,

bekommen es derzeit hin, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Alle 40 größten Städte Nordrhein-Westfalens schaffen das derzeit nicht. Überhaupt nur acht kleinere Städte in Nordrhein-Westfalen, acht der 396 Städte und Gemeinden in NRW, haben zurzeit einen ausgeglichenen Haushalt.

Das macht es - damit gar kein Missverständnis aufkommt - für uns natürlich nicht besser. Aber wenn wir nach Lösungen für unser Problem suchen, müssen wir dessen Gründe kennen. Und schon allein die Statistik zeigt, dass es Gründe geben muss, die außerhalb Kölns liegen, also externe Faktoren, und dass nicht alles, was wir an Problemlage haben, hausgemacht ist.

Das Finanzsystem zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist erkennbar nicht in Ordnung, und das seit Jahren und Jahrzehnten. Wesentliche Leistungen des Staates für die Bürgerinnen und Bürger werden von den Kommunen erbracht: Kindergärten, Schulen, Bibliotheken, Kultur, Straßen, Nahverkehr, um nur einige zu nennen. Die Kommunen bekommen dafür aber seit Jahren und Jahrzehnten vom gesamtstaatlichen Einnahmekuchen schlicht und einfach ein zu kleines Stück ab.

Im Gegenteil; es kommen noch weitere Belastungen obendrauf: Die Kommunen finanzieren sogar etliche Leistungen, die vollkommen ohne Zweifel und ohne jeden parteipolitischen Streit eigentlich gesamtstaatliche Aufgaben sind. Denken Sie nur an die Sozialtransferleistungen, die insbesondere die Großstädte immer mehr zu erdrosseln drohen. Oder denken Sie an den Fonds Deutsche Einheit, der bis 2019 gilt und für den die Stadt Köln alleine in diesem Haushalt, also im Jahr 2012, 78 Millionen Euro einzahlen muss. Über die Laufzeit des Solidarpakts Ost hat Köln ungefähr das Zehnfache eingezahlt, also etwa 750 Millionen Euro. Das ist ein Umstand, den man zumindest kennen sollte.

Hinzu kommt, dass uns insbesondere der Bund immer wieder wichtige Einnahmequellen und Einnahmen insgesamt entzieht. Der ehemalige Kämmerer von Leverkusen, Rainer Häusler, hat kürzlich errechnet, dass der Deutsche Bundestag seit November 2008 alleine 14 steuerentlastende Gesetze beschlossen hat, die den Kommunen 4,8 Milliarden Euro Ausfälle bescheren.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Literaturtipp. Rainer Häusler, der die Situation der Städte und Gemeinden in der Republik durchaus boulevardtauglich zu Papier bringen

kann, hat ein Buch mit dem Titel „Deutschland stirbt im Westen“ geschrieben. Dieses Buch kann ich sehr zur Lektüre empfehlen.

Wenn Sie nur diesen Teil - 14 steuerentlastende Gesetze des Deutschen Bundestages mit einem Entlastungsvolumen von 4,8 Milliarden Euro - rein mathematisch auf Köln herunterbrechen, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass ein Achtzigstel dieser Summe 60 Millionen Euro sind. Das heißt: Alleine seit 2008 hat uns der Deutsche Bundestag durch diese Entscheidungen weitere 60 Millionen Euro pro Jahr für die Stadt Köln schlicht und einfach entzogen.

Addieren wir hierzu die Kosten des Fonds Deutsche Einheit, kommen wir auf 138 Millionen Euro, und zwar Jahr für Jahr. Daran sieht man schon: Nur um diese beiden Punkte bereinigt, wäre unser aktuelles Problem schon um die Hälfte kleiner. - So einfach und so kompliziert ist die Angelegenheit gleichermaßen.

Ich will die Beschreibung der externen Faktoren jetzt nicht ins Unendliche fortsetzen. Alleine das Gesagte beweist aber: Ohne Hilfe von Bund und Land kann die Stadt Köln ihren Haushaltsausgleich ihre Haushaltssanierung nicht schaffen.

Deswegen ist mein Anliegen und meine Erwartung: Der Rat der Stadt Köln muss - wie übrigens auch alle anderen Kommunen - noch viel deutlicher und viel lautstärker für seine Interessen im Land und vor allem im Bund eintreten und ganz klar den Grundsatz einfordern: Wer bestellt, muss auch bezahlen. - Gesetze, die zu Steuerausfällen führen, kann der Bund natürlich beschließen, wie er will; denn das ist seine Hoheit. Wenn er das zulasten unserer Kassen tut, muss er den Kommunen dann aber auch einen Ausgleich dafür geben. Da müssen wir einfach lauter, penetranter und deutlicher einfordern.

Übrigens bin ich fest davon überzeugt, dass die Frage der Kommunalfinanzierung, also der Ausstattung von Gemeinden in Bezug auf Infrastruktur und damit für Kindergärten, für Schulen, für Bibliotheken, für Kultur usw. ein wichtiges Thema des Bundestagswahlkampfes werden wird. Ich bin überzeugt: Wer da einigermaßen gute Rezepte anbieten kann, wird tatsächlich gute Argumente haben, Bürgerinnen und Bürger zu überzeugen. Das ist an dieser Stelle Maßstab für uns alle.

Trotzdem - damit will ich auf den Haushalt 2012 in dieser Stadt zu sprechen kommen - dürfen wir natürlich nicht alleine auf andere zeigen und sagen, jetzt müssten Bund und Land die Probleme für uns lösen. Wir müssen unseren eigenen Teil der Verantwortung wahrnehmen. Es wäre wohlfeil, nur auf die anderen zu schauen.

Gespart wurde auch schon früher, nicht erst jetzt. In aller Regel hat man sich allerdings in den vergangenen Jahren darauf beschränkt, im Wesentlichen alles so weitermachen zu wollen wie bisher, nur eben mit ein bisschen weniger Personal, mit ein bisschen höheren Gebühren, mit ein bisschen eingeschränkteren Öffnungszeiten usw. Aber richtig an die Sachen herangegangen sind wir alle miteinander nicht.

(Zurufe von der CDU)

Warum ist das so? Das müssen wir ehrlich miteinander analysieren, finde ich. Ich glaube, es ist so, weil es über all die Jahre immer gerade noch so ging. Das beweist auch unser interkommunaler Vergleich, was Köln angeht, sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in der Bundesrepublik. Wir sind als Stadt Köln keine wirklich arme Kommune. Unser Eigenkapital ist durchaus sehenswert. Uns fehlt es im Wesentlichen an der Liquidität. Uns erdrosseln die Soziallasten - wie andere auch. Aber es geht uns insgesamt längst nicht so schlecht wie vielen anderen, insbesondere im Ruhrgebiet. Das ist vermutlich der Grund dafür, weswegen wir sowohl hier im Rat als auch in der Verwaltung als auch in der Stadtgesellschaft noch nicht die Situation hatten, dass man sich wirklich traue, an die Aufgaben und an die Strukturen so heranzugehen, wie es eigentlich der Sache angemessen gewesen wäre.

(Zurufe von der CDU)

Schauen wir uns einmal alleine die letzten Jahre an. In der Hochphase der Konjunktur ist es uns in dieser Stadt sogar gelungen, etwa 250 Millionen Euro Schulden abzubauen. Wir hatten hier sogar einmal drei Jahre mit Haushaltsüberschüssen. In dieser Zeit haben wir dann 250 Millionen Euro Schulden abgebaut. Auch das hat bei uns zu der Fiktion einer einigermaßen beherrschbaren Gemengelage geführt. Heute müssen wir erkennen, dass wir das so nicht aufrechterhalten können.

(Zurufe von der CDU)

Da ich das in den Zwischenrufen jetzt schon höre, will ich es gleich aufgreifen. Ich nehme an,

dass wir in den nachfolgenden Reden gleich eine Reihe von Schuldzuweisungen hören werden: gegen den Oberbürgermeister, der das alles nicht hinbekomme; gegen die Kämmerin, die das nicht ordentlich regle; gegen die rot-grüne Ratsmehrheit, die viel zu zaghaft agiere.

(Beifall bei pro Köln sowie von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

Sein Sie bitte nicht so schnell. Bevor Sie das tun, möchte ich Ihnen zumindest eine kurze Statistik zeigen, die belegen soll, dass wir alle miteinander hier im Rat Verantwortung für die Situation tragen und auch weiter gemeinsam tragen sollten. Seit der Jahrtausendwende hat es in diesem Rat der Stadt Köln insgesamt acht Haushalte gegeben, die zur Abstimmung standen. Wegen diverser Doppelhaushalte sind es weniger Haushalte als Jahre. Diesen acht Haushalten hat sieben Mal die CDU zugestimmt. Sechs Mal haben die Grünen zugestimmt. Vier Mal hat die FDP zugestimmt, die sich ein weiteres Mal enthalten hat. Vier Mal hat die SPD zugestimmt.

(Markus Wiener [pro Köln]: Und pro Köln niemals!)

Interessanterweise sind wir da sogar Schlusslicht; das hätte ich, ehrlich gesagt, vorher gar nicht gedacht. Diese Zahlen sollen aber belegen, dass wir alle miteinander in den vergangenen zwölf Jahren seit der Jahrtausendwende Verantwortung für die Haushalte in dieser Stadt zu tragen haben und diese Verantwortung auch übernehmen sollten.

Gemessen an der eigentlichen Aufgabe ist dieser Haushalt für 2012 so etwas wie ein Übergangshaushalt - ein Haushalt, der zwar die Weiche umlegt, dem aber noch nicht zu entnehmen ist, wo wir wirklich in der Struktur, in der Substanz aufgabenkritisch herangehen sollen und wo es, alleine durch die Zwangslagen, Einschnitte geben muss.

Wir von der Sozialdemokratischen Fraktion haben uns vorgenommen, alle Entscheidungen an der Frage zu messen: Trägt ein Vorschlag dazu bei, die Zukunftsfähigkeit Kölns zu verbessern, oder schadet ein solcher Vorschlag? Schließlich geht es um die Zukunftsfähigkeit einer wachsenden Stadt - je nach Statistik können und dürfen wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit bis zu 100 000 neuen Einwohnerinnen und Einwohnern in dieser Stadt rechnen -, die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die den Familien ausreichend Wohnraum bieten

muss, die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die ein gutes Bildungs- und Betreuungssystem anbieten muss, die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die attraktiv ist für Unternehmen und damit für Arbeitsplätze und Investitionen sowie die Zukunftsfähigkeit einer Stadt, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen ist. An diesen Maßstäben haben wir den Haushalt 2012 gemessen. An diesen Maßstäben müssen wir auch messen, was wir in den nächsten Jahren tun müssen.

Im Wesentlichen - das kann ich zusammenfassend sagen - konnten wir die Vorschläge des Stadtvorstandes akzeptieren. Wir haben allerdings mit der Koalition von SPD und Grünen an einigen Stellen noch Korrekturen vornehmen tun.

Zum Beispiel gilt das bei aus unserer Sicht völlig falschen Einsparungen bei der Sanierung von Brücken, Tunneln und Kulturbauten. Hier hat man wirklich versucht, uns eine Milchmädchenrechnung vorzumachen, als es darum ging, Sanierungen auf spätere Jahre zu verschieben - ohne jeden realen Einspareffekt, aber mit dem Risiko, dass die Verschiebung am Ende eventuell sogar teurere Sanierungen nach sich ziehen würde. Das ist ein Punkt, den wir nicht akzeptieren und deswegen durch unsere Änderungsanträge im Finanzausschuss zurückgenommen haben.

Ähnliches gilt für die Streckung des U-3-Ausbau. Auch wenn - das ist vollkommen unbestritten - uns Bund und Land viel zu lange bei diesem Thema alleingelassen haben und wir uns gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen sogar erst gerichtlich die Konnexitätsmittel für die lokale Umsetzung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe einklagen mussten, ist es trotzdem keine Lösung, den dringend notwendigen U-3-Ausbau zu strecken; denn mit Blick auf Zukunftsfähigkeit ist ein einigermaßen ausreichendes Bildungs- und Betreuungsangebot elementar.

Aus demselben Grund haben wir in diesen Haushalt auch die Finanzierung weiterer Plätze in der offenen Ganztagsgrundschule aufgenommen, die wir mittlerweile auf einen Rekordstand von 24 000 Plätzen anheben konnten. Das ist, wenn man sich die letzten Jahre ansieht, eine wirklich bemerkenswerte Leistung. Die Ganztagsbetreuung in der Grundschule, die noch vor wenigen Jahren ideologisch massiv bekämpft wurde, ist mittlerweile Standard. Die Eltern reißen uns

diese Plätze aus der Hand. Wir müssen hier unbedingt einen weiteren Schwerpunkt setzen.

Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit begrüßen wir ausdrücklich die Umsetzung des Projekts Internetstadt Köln in diesem Haushalt 2012. Die Stadt beweist auch hier Zukunftsfähigkeit, indem sie moderne und wesentliche Entwicklungen der Gesellschaft aufgreift.

Als letzten Punkt für den Haushalt 2012 selbst möchte ich das Rote Haus erwähnen. Die Stadtspitze hatte vorgeschlagen, auf die Schließung dieser Baulücke am Alter Markt zu verzichten. Sie wissen, dass insbesondere SPD und Grüne hier mit unterschiedlichen Positionen in die Beratung hineingegangen sind. Ich möchte mich bei der Grünen-Fraktion ausdrücklich dafür bedanken, dass es gelungen ist, jetzt einen tragfähigen Kompromiss zu finden. Ich weiß, dass es kein leichter Weg dahin war, will das aber umso mehr begrüßen, weil wir jetzt versuchen werden, mit diesem Beschluss über den Haushalt 2012 eine optimale städtebauliche Lösung mit keiner Belastung für den städtischen Haushalt, auch nicht einer mittelbaren Belastung für den Haushalt der Gebäudewirtschaft, zu verbinden. Wir wissen nicht, ob das wirklich klappen wird. Aber der Versuch, den wir hier gegangen sind, ist es allemal wert.

Ich bin deswegen auch froh, dass die CDU-Fraktion im Finanzausschuss über die Beschlussfassung zum Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft diesen Kompromiss als tragfähig anerkannt und diesem zugestimmt hat.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

- Ja, das kann man einmal bemerken, finde ich.

Last, but not least helfen wir auch in diesem Jahr wieder, die Zukunftsfähigkeit Kölns zu stärken, indem wir die Kulturförderabgabe erheben. Dazu will ich ein bisschen ausholen. Was hat es in dieser Stadt und in der Republik nicht für ein Geschrei gegeben? Das Abendland drohte unterzugehen; es hieß, die Touristen würden Köln in Scharen verlassen, und das Beherbergungsgewerbe sehe der sicheren Pleite entgegen. Das waren die gemeinsam vorgetragenen Vorwürfe des DEHOGA, aber auch von CDU und FDP in diesem Rat.

Was Übernachtungen in Köln angeht, hatten wir 2010 ein Rekordjahr. Dann haben wir zum 1. Oktober 2010 die Kulturförderabgabe erhoben. Und was ist passiert? Nichts. Ganz im

Gegenteil: Die Übernachtungszahlen sind sogar noch gestiegen - in 2011 um 8,6 Prozent und in den ersten vier Monaten des Jahres 2012, also bis einschließlich April, um weitere 6,1 Prozent.

(Zuruf von der FDP: Es sind doch mehr Hotels in die Statistik aufgenommen worden!)

Damit will ich nicht behaupten, dass die Zahlen nicht auch mal nach unten gehen können. Das hängt nämlich von völlig anderen Faktoren ab. Damit ist aber bewiesen, dass die Kulturförderabgabe der Zukunftsfähigkeit und der Attraktivität Kölns nicht schadet. Das sollten CDU und FDP auch endlich hier eingestehen und ihren ideologischen Streit beerdigen, finde ich.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind auch in diesem Jahr aus Gründen der Sicherheit und der konservativen Planung dabei geblieben, bei der Kulturförderabgabe nur 7 Millionen Euro einzustellen. Sie wissen, dass vor dem höchsten Bundesgericht noch ein letzter Rechtsstreit anhängig ist. Alle Verfahren bis dahin haben wir gewonnen. Aber solange wir nicht den kompletten Rechtsweg gewonnen haben, kalkulieren wir sicherheitshalber, weil wir im schlimmsten Fall des Unterliegens sonst die Ausgaben aus dem allgemeinen Haushalt finanzieren müssten, nur mit 7 Millionen Euro. Die realen Einnahmen dürften deutlich höher liegen. Meines Erachtens gebietet es die Zurückhaltung allerdings, hier zunächst nicht alles Geld zu verplanen.

Alleine mit diesen 7 Millionen Euro konnten wir aber wichtige Impulse geben, die sonst schlicht und einfach nicht möglich und nicht finanzierbar gewesen wären.

Ich erinnere an die Etablierung der Akademie der Künste der Welt, die in diesen Tagen ihre Arbeit aufnehmen wird und die weit über Köln hinaus schon jetzt Beachtung gefunden hat und Beachtung finden wird.

Ich erinnere daran, dass wir mit Mitteln der Kulturförderabgabe die freie Szene in der Kultur deutlich stärken und besser ausstatten konnten, als es ohne Kulturförderabgabe möglich wäre.

Ich erinnere daran, dass wir Wirtschaftsförderung, Standortmarketing und Tourismus mit mehr Mitteln ausstatten konnten, als wir das ohne Kulturförderabgabe tun könnten.

Ich erinnere daran, dass es uns nur durch die Kulturförderabgabe möglich war, ein Stadtverschönerungsprogramm aufzulegen und damit insgesamt die Attraktivität Kölns zu erhöhen. In diesem Jahr werden wir übrigens, nachdem der Schwerpunkt im letzten Jahr auf den Brunnen lag, einen Schwerpunkt auf die Gewässersanierung legen. Es ist wohl vollkommen unstrittig, dass hier eine Menge im Argen liegt. Alleine aus dem Haushalt wäre das kaum zu finanzieren. Die Kulturförderabgabe macht es aber möglich.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Kolleginnen und Kollegen von der CDU und insbesondere von der FDP, ich finde Ihre Zwischenrufe entlarvend. Sie machen deutlich, dass Sie sich hier wirklich ertappt fühlen. Die Kulturförderabgabe ist eine Erfolgsgeschichte, die bundesweit kopiert wird. Sie bringt uns die Luft zum Atmen, die dringend notwendig ist. Das sollten Sie akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Alles in allem haben wir also einen Haushalt 2012 vorliegen, der beschlussfähig ist. Wir haben das Minimalziel, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden, erreicht und müssen uns jetzt den nächsten Aufgaben zuwenden, auf die ich auch meine verbleibende Redezeit verwenden will.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen wird vermutlich in den nächsten Monaten eine Veränderung der Regularien für Haushaltssicherungskonzepte beschließen - übrigens mit breiter Mehrheit; nach allem, was ich weiß, haben SPD, Grüne, FDP und CDU ebenso Zustimmung signalisiert wie die kommunalen Spitzenverbände. Die vorgesehene Regelung führt dazu, dass Kommunen in Zukunft weniger schnell in ein Haushaltssicherungskonzept abrutschen, weil man bei dem Kriterium „zwei Mal hintereinander Entnahme von 5 Prozent aus der allgemeinen Rücklage“ eine Verdoppelung auf 10 Prozent vornimmt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

- Hören Sie doch zu. - Diese Regelung, von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert, wird einmütig durch den Landtag gehen.

Ich bin der Meinung, dass wir diese Regel, die vielen Kommunen im Ruhrgebiet eine wichtige

Existenzsicherung bietet, hier in Köln nicht anwenden sollten.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der FDP: Griechenland!)

Mein Vorschlag wäre, dass wir beim Haushalt 2013 - gleichzeitig richte ich an die Verwaltung die Bitte, das entsprechend vorzubereiten - hier freiwillig bei den alten Regeln bleiben und das Kriterium „zwei Mal hintereinander Entnahme von 5 Prozent“ weiter anwenden. Diese Regel, die für viele Kommunen im Ruhrgebiet existenzsichernd ist, brauchen wir in Köln nicht. Wir sollten sie in Köln nicht anwenden. Deswegen bitte ich darum, das entsprechend vorzusehen.

Die Verwaltung ist jetzt schon dabei, den Haushalt 2013 und die Mittelfristplanung für die folgenden Jahre vorzubereiten. Was müssen wir also tun, damit wir nach dem Umlegen der Weiche dann die entscheidenden Impulse geben können?

Erstens sollten wir gemeinsam mit der Öffentlichkeit dafür sorgen, dass wir insgesamt einen Rahmen haben, der auch in der Bürgerschaft Offenheit dafür schafft, dass es ohne Einschnitte und ohne eine wirklich substanzielle Aufgabenkritik nicht geht.

Ich möchte die Vertreter der Medien auch herzlich bitten, hier dem Rat der Stadt Köln und der Verwaltung zu helfen und Verständnis dafür zu wecken, dass wir jetzt in einer neuen Zeitrechnung angekommen sind.

Ganz beeindruckend fand ich, dass die Redakteure des *Kölner Stadt-Anzeigers* in den letzten Tagen in einer Art Selbstversuch - sozusagen nach dem Motto: ich spiele für einen Tag Ratsmitglied - Einsparvorschläge in ihrer Zeitung abgedruckt haben. Die Resonanz hat nicht lange auf sich warten lassen. In Leserbriefspalten, die vermutlich längst nicht alles wiedergeben, was sie an Resonanz aus ihrer Leserschaft bekommen haben, war zu lesen: „äußerstes Befremden“, „schlichte Denkungsart“, „kulturpolitisch kurzfristig“, „wenig Ahnung“. Diese Antworten kennen wir Ratsmitglieder; denn wir hören sie tagein, tagaus.

(Heiterkeit bei Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen])

Insofern finde ich dieses Selbstexperiment sehr respektabel, bei dem auch Medienvertreter

herausgefunden haben, dass es tatsächlich nicht leicht ist, auch populäre Dinge einmal auf den Prüfstand zu stellen. Ich möchte aber ausdrücklich dafür werben, dass Sie weitermachen und helfen, diese Öffentlichkeit herzustellen und darauf vorzubereiten, dass es ohne bestimmte Vorschläge eben nicht geht.

An dieser Stelle möchte ich der CDU-Fraktion ausdrücklich Respekt dafür aussprechen, dass Sie Vorschläge für die Haushaltsplanberatungen eingebracht haben. Für 2012 - das haben wir im Finanzausschuss besprochen - war noch kein Vorschlag dabei. Sie haben aber etliche Vorschläge gemacht, die für die Mittelfristplanung gelten sollen.

Manches davon dürfte nicht umsetzbar sein. Denken Sie zum Beispiel an Ihre Forderung, Kulturinstitutionen sang- und klanglos an das Land zu übergeben. Das hat schon bei der Regierung Rüttgers nicht geklappt. Ich nehme an, dass die Bereitschaft der Landesregierung - egal wer sie stellt -, einfach von der Stadt Kulturinstitutionen zu übernehmen, nicht besonders ausgeprägt sein wird.

Ich fände es aber spannend, wenn es uns gemeinsam gelänge, im Land eine Diskussion anzuregen, die zum Beispiel bei der Verteilung von Fördermitteln im Kulturbereich Anreize für regionale Kooperation schafft.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Wer über regionale Kooperation Qualität sichert und überhaupt Angebote aufrechterhält, sollte dabei durch Förderung besonders profitieren und daran partizipieren. Das halte ich für einen Weg, den wir im Land gemeinsam nach vorne tragen sollten.

Andere Vorschläge der CDU dürften längst nicht die Einspareffekte erzielen, die Sie sich vorgenommen haben - zum Beispiel bei der von Ihnen vorgeschlagenen Verwaltungsreform, nehme ich an. Aber wir werden das sehen. Schließlich haben wir alle Ihre Vorschläge an die Verwaltung zur Prüfung gegeben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

Ich finde es aber gut, dass Sie überhaupt Vorschläge gemacht haben. Das ist nicht selbstverständlich.

Wir werden auch das, was Sie in die Debatte einbringen werden, einzig und allein an dem Kriterium der Zukunftsfähigkeit dieser Stadt

messen und nur das verwerfen, bei dem wir der Überzeugung sind, dass die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt negativ betroffen ist.

Wir haben Ihnen daher direkt gesagt: Ihrem Vorschlag, das Wohnungsbauprogramm einzustellen, werden wir nicht folgen können. Wenn schon Bundeswohnungsbauminister Ramsauer den dringenden Wert des öffentlich geförderten Wohnungsbaus erkennt, dann sollte das auch die Kölner CDU erkennen.

(Zuruf von der CDU: Es wäre schön, wenn das Land etwas täte!)

Hier geht es um die Attraktivität für Familien und eine Sicherung des Wirtschaftsstandortes Köln, weil man Arbeitsplatzinhabern immer auch Wohnungen anbieten muss. Das ist schon wichtig. Deswegen wollen wir diesen Vorschlag nicht aufnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, dass Sie im Finanzausschuss spontan unser Angebot angenommen haben, an den Aufgaben der nächsten Jahre konstruktiv mitzuarbeiten. Darauf freue ich mich und lade Sie herzlich dazu ein, das jetzt zu tun.

Jetzt bleibt für die nächsten Monate zunächst die Verwaltung am Zug. Der ehrenamtliche Rat kann nicht die Arbeit der 17 000 hauptamtliche Beschäftigte umfassenden Stadtverwaltung ersetzen. Insofern muss es bei dem von der Gemeindeordnung vorgesehenen Ablauf bleiben, dass die Verwaltung Vorschläge macht und der Rat darüber beschließt.

Es ist aber - das will ich ganz ausdrücklich sagen - Aufgabe dieses Rates, parteiübergreifend eine Atmosphäre zu schaffen, die der Verwaltung Rückendeckung gibt, wirklich alle Bereiche kritisch zu durchleuchten, sich auch von Aufgaben komplett zu trennen, Strukturen neu zu definieren und alles ohne die berühmten Tabus auf den Prüfstand zu stellen. Wir können der Stadtverwaltung nicht versprechen, jeden ihrer Vorschläge mitzutragen. Aber wir können und müssen zusagen, alles ernsthaft und ohne die üblichen Reflexe kritisch zu prüfen. Dabei dürfen wir auf Liebgewonnenes oder Wünschenswertes nicht pauschal Rücksicht nehmen, sondern müssen das in jedem Einzelfall überprüfen. Ich finde, dass die Stadtverwaltung diese Rückendeckung des Rates verdient hat. Diese Rückendeckung sage ich hiermit für die SPD-Fraktion auch zu.



Ich möchte Ihnen für die kommenden Debatten der nächsten Wochen und Monate noch einige Überlegungen mit auf den Weg geben, die Sie bei Ihren Beratungen innerhalb der Stadtverwaltung bedenken könnten.

Erstens. Aktuell wird über die vorzeitige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Bahn diskutiert. Der Oberbürgermeister und die Stadtkämmerin haben jetzt vorgeschlagen, wegen der damit verbundenen Kosten von über 30 Millionen Euro darauf zu verzichten. Ich frage mich - und damit Sie alle -: Ist es richtig, sozusagen reflexhaft und vorschnell diesen Vorschlag zu verwerfen, nur weil er unpopulär ist, weil wir uns alle miteinander vermutlich eine vorzeitige Inbetriebnahme auch des südlichen Abschnitts wünschen? Ist es richtig, das reflexhaft zu tun? Man kann zu Recht dagegenhalten, dass trotz eines überschaubaren verkehrlichen Nutzens die Menschen entlang der Baustelle darauf brennen, endlich zu sehen, warum sie die immensen Belastungen der letzten Jahre getragen und ausgehalten haben. Es kann gut sein, dass das am Ende das entscheidende Argument für eine vorzeitige Inbetriebnahme sein mag.

Aber dürfen wir dann, wenn wir uns dafür entscheiden, so tun, als sei dieses Projekt sozusagen umsonst zu haben? In der Debatte der letzten Tage habe ich immer gehört, das zahle doch der Stadtwerke-Konzern; es habe mit dem städtischen Haushalt gar nichts zu tun. Ich habe gehört, es gehe doch erst um das Jahr 2016 und die Folgejahre, also um einen Zeitpunkt, zu dem dieser Rat gar nicht mehr amtiert, zu dem viele von uns vermutlich gar nicht mehr im Rat sitzen werden. Das sind aber doch genau die Punkte, die wir nicht weiter zur Grundlage unserer Entscheidungen können wie bisher. Falls wir uns für eine solche Maßnahme entscheiden, müssen wir den Menschen offen und ehrlich sagen: Wenn wir 30 Millionen Euro für ein solches Projekt ausgeben, steht diese Summe an anderer Stelle nicht mehr zur Verfügung. Hierdurch wird der Einspardruck erhöht - - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir haben uns dafür entschieden, eine Machbarkeitsstudie zur Durchführung der Bundesgartenschau im Jahr 2025 in Auftrag zu geben. Die Bundesgartenschau - das haben wir im Rat übereinstimmend festgestellt - ist eine immense Chance der Stadtentwicklung in diesem neben dem Deutzer Hafen letzten riesengroßen innerstädtischen Areal, das sozusagen einer Entwicklung entgegensieht - und

Bundesgartenschauen moderner Art sind nicht Blümchen pflanzen und Rabatten anlegen, sondern ein Bestandteil von Infrastrukturentwicklung, Stadtentwicklung und Stadtumbau.

Trotzdem muss man auch die Risiken eines solchen Projektes ehrlich abwägen. Sollte sich also herausstellen, dass wir wegen des Zeitpunktes 2025, der uns unter Zugzwang setzt, durch den Ankauf von Grundstücken und die vorzeitige Ablösung von Mietverträgen zu einer Belastung im dreistelligen Millionenbereich oder knapp darunter kommen: Müssen wir dann, nur weil wir uns alle dieses Projekt wünschen, pauschal dabei bleiben, dass es auch durchgeführt werden muss? Oder müssen wir nicht die Kraft haben, es dann, wenn sich das herausstellen sollte, zumindest den Zeitpunkt noch einmal infrage stellen zu dürfen?

Drittens: Archäologische Zone. Sie wissen, dass die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Linken im Rat glühende Befürworter dieses kulturpolitisch einmaligen Projekts auf dem Rathausvorplatz sind, das übrigens eine Touristenattraktion sondergleichen werden wird. Deswegen sind wir auch bereit, trotz angespannter Haushaltssituation eine Menge Geld in die Hand zu nehmen, um den Bau zu realisieren. Übrigens gibt das Land uns ja einen Zuschuss.

Zum Glück sind wir auf einem sehr guten Weg, mit dem Landschaftsverband Rheinland über die Übernahme eines wesentlichen Teils der Betriebskosten von mehreren Millionen zu verhandeln. Wenn das klappt, ist alles gut, und wir stehen an der Spitze der Bewegung, uns darüber zu freuen. Aber müssen wir dann, wenn sich das zerschlagen sollte, nicht auch die Kraft haben, zu sagen, dass das ein Projekt der nächsten Generation und nicht der heutigen ist?

Viertens. Viele städtische Gebäude stehen unter Denkmalschutz, alleine 86 Schulen. Manchmal kommen sich Denkmalschutz und notwendige Sanierungsarbeiten ins Gehege. Denken Sie nur an den Fall, dass eine unter Denkmalschutz stehende Schule energetisch saniert werden muss. Wegen des Denkmalschutzes kann die Dämmung nicht außen angebracht werden, sondern muss innen erfolgen. Das kann zum Ersten teurer werden und führt zum Zweiten zu einer Reduzierung des den Schülern zur Verfügung stehenden Raums. Das kann Probleme bei der schulischen Nutzung geben; es kann Probleme bei der Inklusion und ähnlichen Dingen machen.

Müssen wir nicht in einer finanziell prekären Situation wie der heutigen bei den zulässigen, auf der heutigen Rechtsgrundlage möglichen Abwägungsprozessen zwischen Denkmalschutz auf der einen Seite und wirtschaftlicher Zumutbarkeit auf der anderen Seite den Mut haben, auch hier die Prioritäten anders zu setzen? Ich sage ganz bewusst: auf der bestehenden Rechtslage. Denkmalschutz, die Bewahrung des kulturellen und baulichen Erbes, ist ein hohes Gut. Aber ist es in Zeiten prekärer Finanzlage ein absolutes Gut? Dieser Meinung bin ich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens. An vielen Stellen in Köln gehen wir über gesetzliche Standards hinaus. Wahrscheinlich liegt in den allermeisten Fällen, möglicherweise sogar in allen, ein Ratsbeschluss zugrunde - mit breitester Mehrheit, mit bunter Mehrheit, mit welcher Mehrheit auch immer zustande gekommen.

Müssen wir nicht die Verwaltung ermutigen, auch Vorschläge zu machen, solche Standards, die über das Gesetzliche hinausgehen, zu reduzieren? Müssen wir nicht sogar von der Verwaltung erwarten können, dass sie uns auf Punkte hinweist, bei denen die Einhaltung selbst gesetzter Standards noch einmal hinterfragt werden sollte.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wir haben hier im Rat beschlossen, dass öffentliche Gebäude im Passivhausstandard errichtet werden. Die durch diese Maßnahmen, die über die Vorschriften der Energieeinsparverordnung hinausgehen, entstehenden Kosten sind enorm. Natürlich ist auch der Effekt enorm.

Zum Ersten glaube ich aber, dass wir insbesondere mit dem Bund ganz klar darüber reden müssen. Solange Städte und Gemeinden in einer finanziell so prekären Situation sind wie heute werden wir vom Bund erwarten müssen, dass er beispielsweise dann, wenn wir im Interesse der Energiewende über gesetzliche Standards hinausgehen, akzeptiert, dass wir dafür Fördermittel und dass wir das nicht mehr ewige Zeiten alleine machen können.

Zum Zweiten geht es um die Frage - dieser Gedanke ist mir mindestens genauso wichtig -, ob die Einhaltung eines solchen Standards wirklich an jeder Stelle Sinn macht. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Bei der Feuerwehr gilt der Passivhausstandard derzeit auch für Sozial- und Spindräume. Aus diesen Räumen führen

aber, wie das jeder Laie noch aus Kinderträumen vor Augen hat, die berühmten Rutschen in die offene Wagenhalle hinein. Wir bauen also Teile der Feuerwehrräumen im Passivhausstandard, obwohl wir sozusagen durch das offene Rolltor nach draußen heizen.

Macht das Sinn? Muss ich nicht von der Verwaltung erwarten können, dass sie den Rat darauf hinweist, dass hier eine stereotype Einhaltung von Standards keinen Sinn macht? Muss ich nicht von der Verwaltung erwarten können, dass sie differenziert? Der Passivhausstandard mag in geschlossenen Räumen und Systemen wirklich Sinn machen, aber dort, wo man die Energie aus der Tür oder dem Fenster herausbläst, eben nicht. Das erwarten wir von der Verwaltung. Dazu möchten wir offensiv ermutigen.

(Beifall bei der SPD)

Sechstens. Die Kosten der wirtschaftlichen Erziehungshilfe sind zwischen 2006 und 2011 um 50 Prozent gestiegen - von 99 Millionen Euro auf 146 Millionen Euro. Das sind 22 000 Euro pro Kind und Jahr. Wenn wir schon eine so schlimme Situation haben, dass es über Inobhutnahmen tatsächlich dieser Hilfe bedarf - Jedes Kind soll einen optimalen Schutz vor schlimmen Bedingungen haben. Hinter diesem Satz können wir uns alle versammeln, glaube ich.

Aber die Zeiten haben sich verändert. In den letzten Jahren - ich habe es eben angedeutet - sind mittlerweile mehr und mehr Kinder ganztags in Betreuung: in Kindertagesstätten, in Schulen. Bei dem Hilfesystem der wirtschaftlichen Jugendhilfe haben wir diese Trendwende nicht berücksichtigt. Wir machen einfach weiter wie bisher. Wenn es mehr Fallzahlen gibt, wird auf Basis des alten Systems weitergemacht. Die Frage ist, ob wir nicht von der Verwaltung erwarten dürfen, weniger Energie darauf zu verwenden, zu erklären, warum es so sein muss, wie es ist, und mehr Energie darauf zu verwenden, zu überlegen, ob wir nicht mit der gewaltigen Summe von 146 Millionen Euro mehr Hilfe - bessere Hilfe, effizientere Hilfe - bereitstellen können. Auch das muss der Rat der Stadt Köln von der Stadtverwaltung erwarten können, glaube ich.

Siebtens. Mit einem letzten Punkt will ich sozusagen in der Perspektive schließen. Wir alle wünschen uns, dass der 1. FC Köln so bald wie möglich wieder erstklassig wird. Sollte er das nicht werden, haben wir auf der derzeitigen

Vertragslage ein Problem. Nach unserer Auffassung völlig sachfremd wird dem 1. FC Köln für die Dauer seiner Zweitligazugehörigkeit nämlich die Pacht für das Stadion um die Hälfte rabattiert. Warum?

Wir hätten nichts dagegen, wenn die Stadtverwaltung im Jahr 2014 bei der Neuverhandlung dieses Vertrages substanziell anders verhandelt. Die letzten Zweitligasaisons, die es leider gegeben hat, haben bewiesen, dass die Fans dem 1. FC Köln auch in der 2. Bundesliga die Treue halten. Im Durchschnitt gab es fast 43 000 Besucher pro Spiel. Es besteht also kein Grund für eine solche Rabattierung. Auch das sind 3 Millionen Euro mehr für die Stadtkasse.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen sowie von Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein amerikanisches Sprichwort lautet:

Zukunft - das ist die Zeit, in der du bereust, dass du das, was du heute tun kannst, nicht getan hast.

Ich hoffe sehr und wünsche uns, dass diese Weisheit nicht auf uns zutrifft, sondern dass unsere Ratsgeneration ihrer Verantwortung gerecht wird. Das sollten wir gemeinsam anpacken. Dazu lade ich ein und freue mich auf die Debatten der nächsten Monate. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Börschel. - Herr Granitzka, bitte.

(Winrich Granitzka [CDU] stellt ein schwarzes Sparschwein auf das Rednerpult)

**Winrich Granitzka (CDU):** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzte Rede hat mit einem Zitat geendet, wie das immer wieder gerne gemacht wird. Ich möchte mit einem Zitat beginnen.

George Bernard Shaw, irisch-britischer Dramatiker und Nobelpreisträger, hat einmal gesagt:

Was man Sparen nennt, heißt nur, einen Handel für die Zukunft abschließen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Frau Kämmerin Klug! Lieber Hans-Dieter Körber! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dieses Motto möchte ich meine heutige Rede zum Haushaltsplanentwurf 2012 stellen und ein Plädoyer für eine nachhaltige Finanzpolitik halten. Dabei wird es vorkommen, Herr Börschel, dass ich in dem einen oder anderen Fall auf Ihre Ausführungen und Angebote gerne zurückkomme.

Doch zunächst einmal zu den harten Fakten: Sie, Herr Oberbürgermeister, haben im Schulterchluss mit der Kämmerin, Frau Klug, einen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2012 vorgelegt, der uns und die Kölner Bürgerinnen und Bürger das Fürchten lehrt.

Sie haben über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung ein Defizit eingeplant, das nur durch den Rückgriff auf die Rücklagen gedeckt werden kann, meine Damen und Herren. Herr Börschel hat das sehr klug gemacht. Er hat zunächst von 2012 gesprochen - da beträgt das Defizit rund 250 Millionen Euro - und anschließend die drei nächsten Jahre genannt. Dann kommen nur noch 750 Millionen Euro heraus.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Mittelfristplanung!)

In Wirklichkeit sind es, von heute an gerechnet, rund 1 Milliarde Euro - darüber sollten wir uns klar sein -, die wieder aus dem Vermögen der Stadt verschwinden: Geld, das wir unseren Kindern und Kindeskindern wegnehmen, ohne dass wir 2015, wie Sie glauben, auf Erleichterungen hoffen dürfen; denn in Anbetracht der Finanzkrise kann doch wirklich keiner an eine so schnelle Erholung glauben, dass wir dann mit den Finanzen wieder super dastehen könnten. Ich glaube nicht daran. Nach meiner Einschätzung glauben Sie auch selber nicht daran.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2014 steht uns ein Haushaltssicherungskonzept unmittelbar bevor, weil Sie nur noch einen Spielraum von 15 Millionen Euro haben, um das abzuwenden. In den Plänen, die Sie uns vorgelegt haben, sagen Sie auch immer noch nicht die ganze Wahrheit, da die Kosten für Großprojekte - Sanierung von Oper und Schauspielhaus, Neubau des Historischen Archivs, Sanierung der Museen - in Schattenhaushalten verschwunden

sind, nämlich bei den einzelnen Betrieben, beispielsweise der Gebäudewirtschaft. Die Zinsen und Tilgungen, die damit erst viel später erforderlich sind, sind in diesen Haushalten überhaupt noch nicht eingepreist. Deshalb werden die 15 Millionen Euro dahinschmelzen wie Schnee in der Sonne. Ab diesem Zeitpunkt droht daher jederzeit der Kollaps der städtischen Finanzen.

Die Neigung in dem Haushalt, den Sie vorgelegt haben, Frau Kämmerin, Herr Oberbürgermeister, ist - auch mit Blick auf Ihre Konsolidierungsversuche, nämlich Ausgaben zu erhöhen und Kosten zu verschieben - eindeutig: Schulden, Tendenz steigend.

(Beifall bei der CDU)

Ich will es bei diesen knappen Hinweisen bewenden lassen.

Der Haushaltsplanentwurf ist die eine Seite. Die CDU-Fraktion hat im Detail - Herr Börschel hat das hier lobend erwähnt und anerkannt - ihr eigenes Konzept vorgelegt und entsprechende Ansätze zur Haushaltskonsolidierung gemacht, die nicht Ausgaben heißen. Ich will das heute nicht wiederholen. Wir haben es im Finanzausschuss rauf und runter diskutiert. Ich denke, dass wir weiterhin darauf zurückkommen werden.

Als Mitglied des Rates bewegen mich heute andere Überlegungen. Da habe ich fast ähnliche Gedanken wie Herr Börschel. Die Kernfrage für mich lautet: Wer ist eigentlich für die Verabschiedung des Haushaltes und damit für die Umsetzung dieser Pläne verantwortlich? Nicht nur das historisch gewachsene Budgetrecht des Parlaments, sondern auch die Gemeindeordnung sprechen hier eine ganz klare Sprache. Der Erlass des Haushaltes ist Sache des Rates.

Meine Damen und Herren, das ist eine Sache von uns allen. Wir alle sind in der Verantwortung dafür. Wir alle haben das für die Zukunft zu verantworten. Deshalb appelliere ich an Ihre Verantwortungsfähigkeit, mit den Haushalten für diese Stadt so umzugehen, dass wir nicht die Zukunft kommender Generationen verspielen. Ich bitte Sie wirklich, daran zu denken.

(Beifall bei der CDU sowie von Martin Börschel [SPD] und Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir sind es also, die die Finanzplanung für unsere Stadt zu vertreten haben. Wir sind es, die

darüber entscheiden, welche und wie viel Schulden wir unserer Stadt zumuten können bzw. wann wir glauben, diese Schulden zurückzahlen zu können. Die Entscheidung über den Haushalt ist daher unser Handeln für die Zukunft.

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Mitglieder des Rates, mit welchem Ziel sind wir hier in der neuen Legislaturperiode alle gemeinsam angetreten? In der Ratssitzung im April des vergangenen Jahres haben wir auf Initiative meiner Fraktion ein Konzept für Nachhaltigkeit beschlossen. Schwerpunkt der damaligen Entscheidung waren - ich zitiere -

... die Herstellung einer auf selbsttragenden wirtschaftlichen Effekten beruhenden Finanzierung [der Stadt], eine langfristige Planung [des Haushaltes] auf Basis einer konsequenten Aufgabenkritik und die Erreichung von Kostenklarheit [für die städtischen Investitionen].

Meine Damen und Herren, diese Forderungen haben mich damals glauben machen, dass wir es alle mit einer soliden Haushaltspolitik ernst meinen und dass wir alle daran arbeiten wollen, für diese Stadt eine gesunde wirtschaftliche Basis zu erreichen.

Mittlerweile machen sich bei mir und den Kolleginnen und Kollegen aus meiner Ratsfraktion schwere Zweifel breit, ob Sie das wirklich alle wollen. Bei den hier vorgelegten Haushaltsplänen bis 2015 müssen einem tatsächlich solche Zweifel kommen.

Ich sage aber noch einmal: Wir sollten nicht immer auf die Verwaltung schimpfen, sondern unser Recht in die Hand nehmen, dieses zu korrigieren, indem wir entsprechende Vorschläge machen und sie der Verwaltung an die Hand geben.

Herr Börschel, ich sehe sehr wohl, dass Sie heute damit angefangen haben. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten das schon viel früher einmal in Betracht gezogen.

(Beifall bei der CDU)

Betrachte ich die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung, des Oberbürgermeisters und der Kämmerin sowie die Versuche der rot-grünen Ratsmehrheit, eine Verteilungsliste - die ich für ziemlich kläglich halte - aufgrund der neuen Bettensteuer - so nenne ich sie immer noch - zu erstellen, besteht für mich noch nicht wirklich die

Einsicht, dass wir unseren Haushalt konsolidieren müssen; denn durch Steuermehreinnahmen und durch Verschieben von Ausgaben, die unaufschiebbar sind, erreichen wir nicht, dass wir mehr Geld bekommen. Das muss man noch einmal sagen, glaube ich.

(Beifall bei der CDU)

Statt konstruktiver Ideen zum Aufgabenabbau liefern der Oberbürgermeister und seine Kämmerin immer wieder neue Ansätze, wie Besucher Kölns noch mehr zur Kasse gebeten werden können.

Begleitet werden diese Ansätze von einer noch weiter gehenden Abzocke. Jetzt sind die Parkgebühren dran: unter dem immerwährenden Lamento - ich kann es bald nicht mehr hören - der chronischen Unterfinanzierung; nein, nicht der Oper - das hören wir in anderem Zusammenhang -, sondern der städtischen Haushalte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war jetzt ein Schlüsselreiz!)

Meine Damen und Herren, eine chronische Unterfinanzierung können wir ja alle miteinander beklagen. Aber was haben denn Land und Bund noch zu verteilen? Land und Bund haben doch auch nur noch Schulden zu verteilen. Daher können wir doch nicht wirklich damit rechnen, dass wir jetzt, nur weil wir das hier im Rat gemeinsam fordern, plötzlich von Land und Bund mehr Gelder bekommen.

Herr Börschel, Sie haben von Zukunftsfähigkeit gesprochen und angekündigt, dass Sie unserem Vorschlag, die Wohnungsbauförderung zu reduzieren, nicht zustimmen werden. Ich sage Ihnen: Sie haben doch im Landtag mit beschlossen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt geht das wieder los!)

dass die 500 Millionen Euro erst einmal wieder weg sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden! Es bleibt unwahr, Herr Granitzka!)

Wir sollen das dann hier in der Kommune kompensieren. Sie denken also nicht daran, strukturelle Einschnitte vorzunehmen.

Stattdessen herrscht bei Ihnen immer noch die Verteilungsmentalität vor.

Ich glaube, in unserer Gesellschaft haben sich oben und unten längst von dieser Diskussion der Politik verabschiedet. Wir merken das an dem starken Zulauf zu Leuten, die überhaupt kein Programm haben, nämlich zu den Piraten. Das ist ein Zeichen dafür. Die Leute sind es leid, immer wieder diese Sprüche zu hören, denen dann keine Taten folgen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, man kann wirklich den Eindruck bekommen: Der wichtigste Mann in Köln ist - -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: War das gerade eine Selbstanalyse?)

- Nein, das ist das Sankt-Florians-Prinzip; frei nach dem Motto: Lass doch die anderen unsere Probleme lösen; lass doch Bund und Land machen; wir geben weiter munter das Geld aus. - Ich sage Ihnen: Das ist der falsche Weg.

Im Rat der Stadt Köln steht die CDU-Fraktion für eine bürgernahe und zukunftsfähige Politik dieser Stadt, wie Sie sie auch gefordert haben, Herr Börschel. Ich biete Ihnen wirklich an, dass wir dabei zusammenarbeiten. Bei vernünftigen Vorschlägen tun wir das gerne.

Wie schwer es mit den aktuellen Diskussionen und Einsparvorschlägen aber ist, erleben wir Tag für Tag. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass die Redakteure des *Kölner Stadt-Anzeigers* es einmal versucht haben. Wir haben es auch versucht. Daraufhin haben wir, teilweise auch aus den eigenen Reihen, einiges zu hören bekommen. Diese Argumente werden natürlich immer wieder vorgetragen.

Meine Damen und Herren, wir lassen uns davon aber nicht beirren. Wer keinen Stein ins Wasser wirft, kann auch nicht erwarten, dass plötzlich Wellen kreisen. Deshalb müssen wir einen solchen Versuch wagen. Wir sagen nicht, das sei der Weisheit letzter Schluss. Wir sagen nicht, wir hätten in Bezug auf die Haushaltssanierung das Ei des Kolumbus erfunden. Aber wir sagen: Wir müssen anfangen. Wir müssen über diese Dinge diskutieren. Wir müssen uns fragen: Können wir uns eine solche Verwaltungsgröße noch erlauben? Können wir sie nicht, ohne den Bürgern irgendetwas wegzunehmen, reduzieren und deutlich Kosten einsparen?

(Michael Zimmermann [SPD]: Eben!)

Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken. Ich bin dankbar, dass Sie heute noch einmal erklärt haben, dass wir sauber über diese Vorschläge debattieren wollen.

Herr Oberbürgermeister, ich bitte Sie wirklich: Nehmen Sie das, was wir vorgeschlagen haben, nicht als Kritik oder Besserwisserei, sondern versuchen Sie, mit uns gemeinsam diese Vorschläge zu prüfen, um zu sehen, wie viel Geld damit wirklich gespart werden kann. Denn wir brauchen strukturelle Einsparungen. Wir brauchen nicht da und dort Einsparungen von 100 000 Euro, sondern strukturelle Einsparungen, die in die nächsten Jahre und Jahrzehnte hinein wirken.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich glaube, dass wir es gemeinsam schaffen können; aber nicht auf die Art und Weise, dass der eine immer sagt: Wir haben ja alles; es ist alles in Ordnung mit dem Haushalt. - Es ist nichts in Ordnung.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von pro Köln)

- Die Zwischenrufer kann ich ja damit bedienen,

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Diese Zwischenrufer würde ich gar nicht bedienen!)

dass wir unsere sehr konkreten Vorschlägen gemacht haben, ich Sie aber nicht langweilen will.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hier ist der Rat! - Beifall von pro Köln)

Ich bediene diese Zwischenrufer aber überhaupt nicht mehr.

Die vorgelegten Haushaltsdaten können nicht dazu führen, dass wir diesem Entwurf zustimmen. Allerdings laden wir alle nochmals ein. Herr Börschel hat es gesagt. Wir können das gemeinsam tun, Herr Oberbürgermeister. Wir können gemeinsam diese Dinge überlegen und die Haushaltspolitik der kommenden Jahre begleiten. Das muss aber - Sie haben es eben gesagt - auf Augenhöhe erfolgen. Dann können wir miteinander diese Dinge zum Wohle unserer Stadt diskutieren.

Meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, gibt es nur einen Weg. Dieser Weg lautet nicht verschieben. Dieser Weg lautet nicht

Steuern einfordern, also die Bürger auffordern, weiterhin das Geld hierher zu tragen. Vielmehr gibt es nur ein Ziel. Das kann nur heißen: Sparen, sparen, sparen.

(Der Redner und die anderen Mitglieder der CDU-Fraktion halten schwarze Sparschweine hoch - Beifall bei der CDU - Martin Börschel [SPD]: Die CDU applaudiert sich selbst! Das sind ja wirklich Spontis! So etwas gibt es doch gar nicht!)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben gemerkt, dass wir hier nicht nur herumschimpfen wollen - nach dem Motto: alles ist schlecht -, sondern wirklich dazu beitragen möchten. Damit Sie ständig daran erinnert werden, dass wir gemeinsam sparen wollen, darf ich Ihnen dieses schwarze Schwein überreichen.

(Winrich Granitzka [CDU] übergibt dem Oberbürgermeister ein schwarzes Sparschwein - Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank. - Heute Abend steht ja noch eine Entsendung in den Aufsichtsrat des Kölner Zoos auf der Tagesordnung. Das prädestiniert den einen oder anderen vielleicht dazu, sich dafür zu bewerben.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: In dem Schwein ist aber nichts drin!)

- Es kann noch angefüllt werden. - Aber ich verstehe das wirklich als Angebot, uns gemeinsam auf diesen Weg zu begeben, wie es gerade auch beide Redner gesagt haben.

Ich darf jetzt Frau Moritz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufrufen.

**Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Dass wir weit von einem ausgeglichenen Haushalt entfernt sind, haben meine beiden Vorredner bereits betont. Deswegen müssen wir uns tatsächlich Gedanken darüber machen - das ist völlig richtig, Herr Granitzka -, wie wir langfristig aus dieser Misere herauskommen und wieder Gestaltungsspielräume für kommende Generationen zurückgewinnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu muss es eine Einsicht in Politik und Verwaltung, bei den unterschiedlichen Interessengruppen und nicht zuletzt in der gesamten Stadtgesellschaft geben, damit nicht das passiert, was Herr Frangenberg erdulden musste und was für uns tagtägliches Geschäft ist: dass, sobald ein Vorschlag kommt, der entsprechende Schlüsselreiz einsetzt.

Drei große Herausforderungen müssen unserer Meinung nach bewältigt werden. Wir sind auch dazu aufgerufen, uns darüber Gedanken zu machen - ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, ebenfalls darüber nachzudenken -, welche Dinge wir priorisieren und welche Dinge nachrangiger sind.

Die erste dieser Herausforderungen ist die Bildung von Kindern und Jugendlichen als wichtigstem Entwicklungspotenzial für die Zukunft. Die Ganztagsbetreuung in den Schulen, die Unterdreijährigenbetreuung und die gerechte Teilhabe aller am Bildungssystem durch Inklusion sind Voraussetzung dafür, dass Deutschland international den Bildungsanschluss nicht verpasst. Trotz prekärer Finanzlage hält die Haushaltsmehrheit daher an diesen ehrgeizigen Zielen fest.

Erst jüngst hat die Kultusministerkonferenz den Ausbau der Kinderbetreuung als Hauptgrund für das leicht gestiegene Bildungsniveau bestätigt. Eine geringere Zahl von Schulabbrechern und der gestiegene Anteil der Abiturienten sind die Grundvoraussetzung zur Deckung des wachsenden Bedarfs an qualifizierten Beschäftigten und die Basis für eine Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandorts.

Gleichzeitig führt ein breites Betreuungsangebot zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und der Teilhabe von Eltern am Wohlstand.

Es bleibt die große Debatte über die Frage, schneller die Zielzahlen der Plätze zu erhöhen und gleichzeitig - oder auch nachrangig - einen hohen Qualitätsanspruch in den Einrichtungen für Kleinkinder sicherzustellen.

Im Zusammenhang damit müssen wir auch die Frage diskutieren, ob grundsätzlich der Wunsch nach Beitragsbefreiung für alle, unabhängig von ihrer sozialen Belastbarkeit, oder der Ausbau der Qualität, zum Beispiel durch einen besseren Personalschlüssel bei Kleinkindern, Vorrang haben muss.

Die zweite Herausforderung ist aus unserer Sicht der demografische Wandel. Er beschert uns

nach neuesten Erhebungen einen auf den ersten Blick erfreulichen Bevölkerungszuwachs, der aber langfristig - darüber müssen wir uns im Klaren sein - dazu führt, dass die Kölner Bevölkerung um das Volumen einer ganzen Großstadt zunimmt. Die entsprechenden Bedürfnisse müssen auf knapper Fläche bedient werden.

Aus diesem Grund - und nicht aus Lust und Laune - hat die rot-grüne Mehrheit trotz angespannter Lage ein kommunales Wohnungsbauprogramm aufgelegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ziel ist, die Menge der zur Verfügung stehenden Flächen für den Wohnungsbau allgemein zu steigern, also das Wohnungsangebot insgesamt zu vergrößern - leider oft gegen den Widerstand der örtlich angrenzenden Bevölkerung -, aber auch das Segment der öffentlich geförderten, mietbegrenzten Wohnungen zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, keine andere Stadt in NRW ist so stark von sozialer Entmischung betroffen wie Köln. Dieser Entmischung möchten wir mit einem Anreizmodell begegnen, welches mehr öffentlich geförderten Bau von Wohnungen in sozial stabilen Stadtteilen fördert. Dabei sollen uns auch städtebauliche Verträge mit privaten Investoren helfen. Ob das beschlossene Instrumentarium wirkt und ausreicht, muss wie bei allen Anreizmodellen überprüft werden, um es gegebenenfalls feiner zu justieren und zu ergänzen. Der soziale Zusammenhalt in der Stadt ist die Voraussetzung für Prosperität.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

- Das ist aber wenig Beifall. Dabei ist das ein wichtiges Ziel.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Mir tut es für das Ziel leid. Ich dachte, der soziale Zusammenhalt sei der CDU auch sehr wichtig - schon aus christlichen Motiven.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen - Zuruf von der CDU)

- Wunderbar.

Der demografische Wandel beschert uns aber auch eine Änderung der Bevölkerungspyramide.

Die Alterung der Gesellschaft verlangt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir haben daher einen Betrag für hauswirtschaftliche Hilfen zur Vermeidung von Heimunterbringung von Senioren eingestellt. Dabei gehen wir davon aus - deswegen finde ich das ganz piffig -, dass diese Maßnahme wiederum höhere Kosten für Heimunterbringung einspart und dem Wunsch vieler älterer Menschen entspricht, möglichst lange eigenverantwortlich in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Sollte sich diese Vermutung bestätigen, müsste der Betrag in den kommenden Jahren ausgeweitet werden.

Dies ist übrigens ein Beispiel dafür, wie wir mit Pflichtaufgaben umgehen müssen. Wir müssen uns wirklich fragen, ob man das gleiche Ziel nicht mit einer anderen Maßnahme erreichen kann.

Nun komme ich zu der dritten zukunftsrelevanten Herausforderung für die Politik - bisher hat sie niemand genannt; ich lege aber nicht zuletzt darauf großen Wert -, nämlich der Sicherung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens. Wie gehen wir mit unseren Ressourcen um? Gelingt es uns, Luft, Wasser und Boden vor Verunreinigungen zu schützen? Schaffen wir es, die Beeinträchtigungen der Menschen durch Lärm zu reduzieren? Welchen Beitrag leistet Köln bei der Energiewende für den Klimaschutz? Wie gehen wir mit unseren wertvollen Grünflächen um? Wie bereiten wir die Stadt auf die erwartete zusätzliche Klimaerwärmung vor?

Drei Bereiche werden dafür in Zukunft entscheidend sein.

Das ist erstens die Energieproduktion. Unsere Stadtwerke sind der wichtigste Partner bei der Energiewende. Eine Strategie des Ausbaus hin zur Produktion von Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien, aber auch mehr Energieeffizienz sollen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich reduzieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hohe Energiestandards beim Neubau, aber auch bei der Sanierung des Altgebäudebestandes sind der zweite Baustein. Dabei muss die Stadt beim eigenen Gebäudebestand ein Vorbild sein. Die Kämmerei ist dabei, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik eine strategische Gesamtinfrastrukturplanung, unter anderem auch für den Gebäudebestand, zu erstellen.

Einsparung von Energie ist der wichtigste Beitrag zum Schutz des Klimas. Herr Börschel hat

gerade auch die Frage diskutiert, ob wir energetische Standards absenken sollten. Das ist deshalb nicht sinnvoll, weil es sich langfristig nicht rechnet. Durch eine neue EnEV wird sich diese Frage aber perspektivisch von selbst erledigen.

(Martin Börschel [SPD]: Das kann sein!)

Eine Änderung der Mobilität ist der dritte Baustein der städtischen Umweltpolitik. Es muss gelingen, den Anteil des öffentlichen Verkehrs und des Fahrrad- und Fußverkehrs im Umweltverbund zu steigern - durch bessere Angebote, durch attraktive Verknüpfungen und durch eine kompakte Siedlungspolitik, die kurze Wege und fußläufige Grundinfrastruktur sichert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insbesondere an Herrn Sterck gerichtet füge ich hinzu: Die Reduzierung des Individualverkehrs hat nicht den Zweck, die Autofahrer zu schikanieren,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Doch! -  
Zuruf von der FDP: Natürlich!)

sondern sorgt dafür, die schädlichen Umweltauswirkungen wie Luftverschmutzung und Verlärmung zurückzufahren und die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu steigern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da muss sich jeder hier im Saal entscheiden, was wichtiger ist: schneller von A nach B zu kommen oder saubere Luft einzusatmen. Auf diese Frage gibt es unterschiedliche Antworten. Darin unterscheiden wir uns.

Die ersten Schritte eines Klimaschutzkonzeptes sind eingeleitet. Seine Wirkungen müssen evaluiert werden und im Hinblick auf die ehrgeizigen Ziele mit Sicherheit erweitert werden.

Meine Damen und Herren, die Bewältigung dieser drei Hauptherausforderungen sichert die Zukunftsfähigkeit der Stadt.

Aber neben der Sorge um die Zukunft dürfen wir die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger heute und jetzt nicht aus dem Auge verlieren.

Kölle es e Jeföhl - auf Hochdeutsch: Köln ist ein Gefühl.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)



- Das habe ich für die Presse und auch für die Immis gesagt. - Wir müssen dafür sorgen, dass dies so bleibt, dass die Kölnerinnen und Kölner weiterhin sagen, dass sie gerne in ihrer Stadt leben, und dass Menschen, die ihre Ausbildung in dieser wunderbaren großen Universitätsstadt machen, nach ihrem Abschluss gerne hierbleiben.

Die Struktur der unterschiedlichen und vielfältigen Quartiere Kölns muss gestärkt werden. Köln ist nicht nur Innenstadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der SPD)

- Und das sage ich als überzeugte Innenstädterin. - Das Einzelhandelskonzept ist eine geeignete Grundlage für die Stabilisierung der Bezirks- und Nebenzentren und die Voraussetzung für die lebendige Dezentralität. Aber auch die Parks, die Plätze und das Stadtbild müssen entsprechend den Gestaltungskriterien, die wir mithilfe des Masterplans Innenstadt erarbeitet haben, auf die Außenbezirke übertragen werden.

Wir stellen ein erfreulich steigendes Interesse der Bevölkerung an der Entwicklung und Planung fest. Werkstattverfahren und vertiefte Beteiligung an großen Maßnahmen wie zum Beispiel am Helios-Gelände, beim Projekt Mülheim 2020 und beim Bürgerplan West zeigen, mit wie viel Einsatz und Kompetenz sich engagierte Bürgerinnen und Bürger in die Planung einbringen. Dies sollten wir unterstützen, aber auch überlegen, wie wir solche moderierten Prozesse möglich machen können. Beispielsweise hat die Volkshochschule Köln bei der Bürgerbeteiligung im Georgsviertel vorgemacht, dass wir auch selbst als Stadt solche Prozesse organisieren können, und zwar meist wesentlich kostengünstiger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie von Martin Börschel [SPD] und  
Michael Zimmermann [SPD])

Was unternehmen Menschen in ihrer Freizeit? Spielen und Sport treiben, am liebsten draußen und in der nahen Umgebung, ist der Trend. Sport wird dabei zunehmend nicht mehr nur in Vereinen, sondern mehr und mehr ungebunden an frei zugänglichen Orten getrieben. Mehrgenerationenspielflächen, Skateranlage und Beachvolleyballplätze im Rheinauhafen, der Familienpark unter der Zoobrücke, Streetballkörbe in Parks und beleuchtete

Joggingstrecken sollen diesem veränderten Sportverhalten entgegenkommen.

Trotz vieler Proteste vor Ort sind wir der Meinung, dass auch die Umsetzung unseres Bäderkonzepts ein großer Gewinn für Köln ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie von Martin Börschel [SPD] und  
Michael Zimmermann [SPD])

Das neue Eisstadion Lentpark mit dem Naturfreibad ist eine echte Attraktion. Die Besucherzahlen geben uns recht. Bei allem nachvollziehbaren Protest und aller Kritik im Detail sollten wir stolz darauf sein, dass Köln Bäder nicht schließt, sondern durch bessere Schwimmangebote ersetzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie von Susana dos Santos  
Herrmann [SPD])

Sich treffen, zusammensitzen und klönen - das findet heute meist nicht mehr nur im eigenen Wohnzimmer, auf dem Balkon oder im Schrebergarten statt, sondern zunehmend im öffentlichen Raum: in Parks, auf Plätzen, am Rheinufer. Dieses Phänomen führt leider häufig zu Konflikten - am ausgeprägtesten am Brüsseler Platz, aber auch in der Altstadt oder im Quartier Lateng. Das Kommunikationsbedürfnis großer Gruppen kollidiert mit dem berechtigten Ruhebedürfnis von Anwohnern.

Wir müssen deshalb mehr Orte in der Stadt finden und bereitstellen, an denen diese Bedürfnisse konfliktfreier befriedigt werden können. Beispielsweise müssen wir mehr aus unseren Rheinufern machen. Da sind andere Städte weiter.

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass die Feiernden sich in den Parks und auf den Grünflächen sozialer benehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
und bei der CDU)

An den am stärksten frequentierten Orten muss die Stadt, eventuell mit privaten Partnern - ich denke da beispielsweise an den neuen Werbenutzungsvertrag -, für ein menschenwürdiges Toilettenangebot sorgen. Wir haben in diesen Haushalten schon einmal einen Ansatz eingestellt.

Meine Damen und Herren, wir sind immer noch beim Lebensgefühl. Das Salz in der Suppe ist

die Kultur. Ich weiß, dass die Opernfreunde Rot-Grün des Kulturbanausentums bezichtigen.

(Volker Görzel [FDP]: Das kommt gleich noch!)

- Dann könnt ihr das ja ganz relaxed nehmen und euch gleich austoben.

Die Leistungen von Schauspiel und Oper im vergangenen Jahr waren herausragend. Dafür sind wir den Beteiligten dankbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ob Sie es mir glauben oder nicht: Ich bedaure den Weggang von Intendant Laufenberg

(Karsten Möring [CDU]: Den Rauschmiss oder den Weggang?)

- der Triebaufschub funktioniert irgendwie nicht - genauso wie den des Generalmusikdirektors Stenz sehr. Ich kann aber die Untergangsprophezeiungen nicht nachvollziehen. Bei der Sanierungsplanung am Offenbachplatz liegen wir voll im Zeit- und Budgetplan. Die Interimsorganisation steht. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine geeignete Nachfolge finden werden, die das jetzt erreichte Niveau halten kann.

Dass es gelungen ist, bei der freien Kulturszene nicht zu kürzen, dass wir mittlerweile für fast alle Sparten Förderkonzepte aufgelegt haben, dass wir für die Künstler des Clouth-Geländes preisgünstige Ersatzateliers gefunden haben, dass wir im letzten Jahr ein wunderbares neues Museum am Neumarkt eröffnet haben, dass wir unser NS-Dokumentationszentrum erweitern, dass wir mit der Neubauplanung des Historischen Archivs, des Rheinischen Bildarchivs und der Kunst- und Museumsbibliothek begonnen haben, dass trotz Haushaltsdefizit die Schließung von Stadtteilbibliotheken von niemandem mehr diskutiert wird, sondern dass sich im Gegenteil die Stadtbibliothek außergewöhnlich erfolgreich weiterentwickelt, das scheint kaum wertgeschätzt zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich appelliere an Sie. Das Glas ist nicht halbleer. Es ist mehr als halbvoll. Diese ständige Schwarzmalerei hängt einem zum Hals heraus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Wir müssen das erst einmal bezahlen!)

Ich komme zum Schluss zu einem wichtigen Kulturthema, welches nie im Zusammenhang mit der Kultur diskutiert wird, weil es im städtischen Haushalt unter Soziales geführt wird. Das sind unsere Bürgerhäuser.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Lachen von Ulrich Breite [FDP])

- Er scheint noch nie in einem Bürgerhaus gewesen zu sein. - Jedes Dezernat muss sparen. Und der Sozialbereich hat ein riesiges Budget. Was nur leider vergessen wird, ist die Tatsache, dass es in diesem Budget fast nur Pflichtausgaben gibt. Eine der wenigen freiwilligen Leistungen sind die Bürgerhäuser.

Hier werden neben anderen Angeboten - Herr Breite, ich lade Sie gerne einmal ein - Kulturveranstaltungen wie Musik, Lesungen, Kabarett und Theater ganz nah an die Menschen vor Ort gebracht - ein dezentrales Angebot, welches meiner Meinung nach unverzichtbar ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der SPD)

Wie viel Zeit habe ich noch, Herr Oberbürgermeister?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Noch neun Minuten.

**Barbara Moritz** (Bündnis 90/Die Grünen): Das schaffe ich noch.

Herr Börschel hat schon gesagt, dass wir das nicht alles finanzieren können. Ohne die Hilfe von Bund und Land wird das in der Tat nicht gelingen. Da gibt es aber schon erste positive Ansätze. Es ist ja nicht so, als wenn es nicht die Konnexitätsurteile gäbe und als wenn wir nicht endlich eine kommunalfreundlichere Landesregierung hätten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Außerdem sollen wir jetzt einen Fiskalpakt bekommen. Wir können zwar noch nicht genau beziffern, was dabei herauskommt. Aber ein bisschen muss dabei ja herauskommen. Oder versickern die dort zur Verfügung gestellten

Millionen im Sand? Ich hoffe zumindest, dass wir davon ein wenig profitieren werden.

(Martin Börschel [SPD]: Das Kleingedruckte kennen wir noch nicht!)

Zwar dürfen wir - da hat Herr Granitzka völlig recht - einerseits mit unseren Forderungen gegenüber Bund und Land nicht nachlassen. Andererseits müssen wir uns aber darüber im Klaren sein, dass das gebetsmühlenartige Verweisen auf die Verantwortung anderer nicht ausreicht. Eigene Anstrengungen zum Aufgabenabbau und zu mehr Effizienz bei der Aufgabenerledigung sowie die Reduzierung von Standards sind notwendig.

Vom Tage der Verabschiedung dieses Haushalts an muss in der Vorbereitung der kommenden Haushalte die gesamte Palette der kommunalen Ausgaben ohne Tabus bedingungslos auf den Prüfstand gestellt werden - dem Grundsatz, dem Ziel sowie dem Umfang nach.

Da ist nicht nur - das habe ich schon gesagt - die Bereitschaft der Politik und des Rates gefragt. Vor allem sind auch die Stadtgesellschaft und die Interessengruppen zu beteiligen. Es muss Schluss sein mit dem Sankt-Florians-Prinzip: Sparen ja, aber bitte nicht bei mir, sondern lieber bei den anderen.

Das gilt übrigens für uns alle. In diesem Zusammenhang habe ich gerade an das Bild der CDU-Fraktion mit den Schweinen gedacht. Jörg Frank meinte, wir sollten dieses Foto einrahmen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Laminieren!)

Jedes Mal, wenn etwas gefordert wird, heben wir es dann hoch.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau!  
Dann müssen Sie es immer oben haben!)

Deshalb gehe ich gerne auf das Angebot von Herrn Granitzka ein und lade alle hier im Rat, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, ausdrücklich ein, sich an diesem großen Kraftakt zu beteiligen - ebenso wie die Stadtgesellschaft. Auch sie können wir nicht außen vor lassen. Bürgerhaushalt und Bürgerbeteiligung bekommen da einen ganz neuen Stellenwert.

Deshalb finden wir es auch gut, wie die CDU sich in die Debatte eingebracht hat, auch wenn vielleicht nicht alle Vorschläge ausgereift sind.

Die Art und Weise, in der Sie darangegangen sind, begrüße ich aber.

Meine Damen und Herren, viele kommunale Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe, im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie im Kulturbereich werden nicht von der Stadt selbst, sondern von freien Trägern erledigt. Die Vielfalt der Trägerlandschaft schafft ein außerordentliches Spektrum an Angeboten, ohne welches unsere Stadt sehr viel ärmer wäre.

Die freien Träger haben im Haushalt 2012 keine Mittelkürzungen hinnehmen müssen. Diese gute Nachricht darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dort natürlich auch eine Reduzierung der Aufgaben erfolgen muss, weil mit den gleichen Zuschüssen auch Tarifierhöhungen bezahlt werden müssen.

Deshalb begrüßen wir es, dass der Oberbürgermeister und die Kämmerin angekündigt haben, im Rahmen eines Kontraktmanagements Ziel- und Leistungsvereinbarungen abzuschließen und das Ganze anschließend auch zu überprüfen.

Wir müssen auch wissen, was die aktuellen Entwicklungen für die freien Träger bedeuten. Herr Börschel hat darauf hingewiesen, dass das Ganztagsangebot auch alle möglichen anderen Angebote in dieser Stadt verändert. Das fängt bei den Jugendzentren an. Es hat bei den Sportvereinen und auch in anderen Bereichen Konsequenzen. Das kann heißen, dass Einzelangebote wegfallen. Es kann aber auch bedeuten, dass einzelne Angebote erhöht werden müssen. Auch darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Damit verbunden erwarten wir aber von der Kämmerin, dass dafür auch eine gewisse Planungssicherheit über einen mittelfristigen Planungszeitraum gegeben wird - für die freien Träger genauso wie für die Eigenbetriebe.

Meine Damen und Herren, Sparen allein wird - auch wenn die CDU und die Interessenverbände schreien - nicht ausreichen. Die Spielräume für die Budgets werden nämlich immer geringer. Sie sind zu klein, um das strukturelle Defizit auszugleichen und gleichzeitig das städtische Leben attraktiv zu machen.

Daher müssen wir auch Einnahmen erhöhen. Das steht übrigens auch im Haushaltsrecht, wie der Finanzpolitiker der CDU sicherlich weiß.

Die Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer B bewegen sich zwar auf hohem Niveau,

sind aber im Städtevergleich durchaus vertretbar und zumutbar.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -  
Zurufe von der CDU und der FDP)

- Dass Sie schreien, ist doch klar. Ich bin daran gewöhnt. Das perlt an mir ab.

Die Kulturförderabgabe hat weitere Einnahmen generiert, die vor allem zur Steigerung der Attraktivität - ich zähle das nicht im Einzelnen auf - der Stadt eingesetzt werden und die allen Unkenrufen zum Trotz nicht zu einem Einbruch der Touristenzahlen geführt haben.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige Worte über die neue Haushaltsdarstellung sagen. Das NKF mag besser und strategisch steuerbarer sein als die kamerale Haushaltsführung. Es bildet nachhaltig auch zukünftige Haushaltsbelastungen und Risiken ab. Die uns versprochene Transparenz des Haushalts hat sich jedoch nicht eingestellt.

(Beifall bei der FDP)

- Das ist das erste Mal, dass die FDP klatscht. Danke schön.

(Ralph Sterck [FDP]: Dieser Satz steht bei mir auch!)

- Dann kannst du ihn ja weglassen.

Die Kämmerin beabsichtigt für die Zukunft die Darstellung eines produktbezogenen und wirkungsorientierten Haushalts. Allerdings weiß ich nicht, wie lange die Verwaltung dafür braucht und ob sie das schon zum nächsten Haushalt schafft.

Bis dahin wollen wir - darf ich einen Wunsch äußern, Herr Oberbürgermeister? - zukünftig die Teilbudgets sowie die Teilstellenpläne in den betreffenden Fachausschüssen erläutern bekommen und diskutieren - ganz unabhängig davon, dass die Zuständigkeit von Finanzausschuss und Rat bei der Beschlussfassung anschließend natürlich nicht angegriffen werden soll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen  
sowie von Karsten Möring [CDU])

Dann habe ich noch einen letzten Wunsch, den ich hier übrigens schon mehrfach geäußert habe. Wir haben harte Zeiten vor uns. Frau Klein sagte mir vorhin zwar, dass sie das mit dem Sparen gar nicht anders kennt. Ich glaube aber schon, dass wir jetzt eine neue Qualität haben. Aufgrund

dieser großen Änderungen sollten wir vielleicht auch ein bisschen mit der Praxis des Redenhaltens aufräumen. Ich würde mir für die Zukunft hier im Rat eine Haushaltsdebatte über die Vorstellungen der Einzelnen wünschen - und nicht nur ein Ablesen der Haushaltsreden. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die  
Grünen)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Frau Moritz. - Ich erteile Herrn Sterck das Wort.

**Ralph Sterck (FDP):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Moritz, so weit waren wir vor Jahren sogar schon einmal. Wir hatten hier schon einmal zweite Runden. Ich weiß nicht, warum das wieder in Vergessenheit geraten ist. Es ist aber richtig: Wir müssen uns nicht nur heute in der Debatte damit beschäftigen, sondern auch in den Fachausschüssen mehr mit den Dingen befassen, weil dort die Fachleute des Rates sitzen, die sie besser beurteilen können, als wir das hier in der Schwarmintelligenz des Rates können.

Die Verabschiedung des Haushaltes 2012 ist gleichzeitig Halbzeit dieser Wahlperiode. Doch die Bilanz - dazu gab es auch schon entsprechende Ausführungen von Herrn Börschel - ist ernüchternd. Die rot-grüne Mehrheit unter Führung des Oberbürgermeisters hat die Stadt seit der Köln-Wahl 2009 leider nicht spürbar nach vorne gebracht. Ganz im Gegenteil: In den meisten Städterankings muss sich Köln mit einem Platz unter „ferner liefen“ zufrieden geben; Tendenz leider fallend.

Dazu ist es gekommen, obwohl Sie inzwischen alle Instrumente der Macht in der Hand haben. Die Grünen sind seit 1999 - Herr Börschel hat das eben angedeutet, als er dargestellt hat, wie oft die einzelnen Fraktionen den Haushaltsplänen zugestimmt haben - in verschiedener Intensität und mit Unterbrechungen Teil der Mehrheit, die SPD seit 2004, und seit 2009 haben wir einen rot-grünen Oberbürgermeister. Die Tatsache, dass sich die CDU erfolgreich aus dem Stadtvorstand herausmanövriert hat und die beiden grünen Dezernentinnen schön eingemauert wurden,

lässt das Herz eines jeden Sozialdemokraten höher schlagen.

(Beifall bei der FDP)

Ja, „die SPD gewinnt immer“, hat Ulrich Breite bei der vorletzten Sitzung des Finanzausschusses mit Blick auf Haushaltsbeschlüsse wie den Verzicht auf den Wiederaufbau des Roten Hauses oder die Einsparungen bei der Lokalen Agenda formuliert. Seit der Sitzung des Verkehrsausschusses heute Morgen muss man die Inbetriebnahme des südlichen Teils der Nord-Süd-Stadtbahn auch noch in diese Liste aufnehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Er hat es immer noch nicht verstanden!)

Besonders teuer und schmerzlich war diese Regel im vergangenen Jahr bei der mehr als 1 Million Euro teuren Bürgerbefragung zum Godorfer Hafen, die erwartungsgemäß ausgegangen ist wie das Hornberger Schießen.

Schade ist nur, dass diese vermeintlich paradiesischen Zustände für die SPD auch dem einen oder anderen kritischen Beobachter aufgefallen sind. So kommentiert zum Beispiel die *Kölnische Rundschau* am 22. Juni 2012, der Oberbürgermeister sei „aus der SPD-Zentrale ferngelenkt“. Es ist bedauerlich, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihre zusätzliche Macht, die Ihnen noch die alte, schwarz-gelbe Landesregierung gegeben hat,

(Martin Börschel [SPD]: Der Bürger und die Bürgerin haben sie ihm gegeben, Herr Sterck! Was ist das denn für ein Verständnis?)

nur nutzen, um die Amtsleiterstellen nach dem Strickmuster „einen links, einen rechts, einen fallen lassen“ zu besetzen, wie es der *Kölnischer Stadt-Anzeiger* am 5. Juni 2012 berichtet hat.

(Beifall bei der FDP)

Um den Oberbürgermeister unabhängiger von den Strippenziehern in Parteien und Fraktionen zu machen, hatten wir in der schwarz-gelben Landeskoalition durchgesetzt, seine Wahl von der Kommunalwahl zu trennen.

(Martin Börschel [SPD]: Das hat bei Herrn Schramma ja gut geklappt!)

Dass Rot-Grün das nun wieder zusammenführen will, ist ein Verlust an Demokratie - gerade für eine Stadt wie Köln. Ich bin gespannt, Herr

Oberbürgermeister, ob Sie der Versuchung widerstehen können, die nächste OB-Wahl schon 2014 zu ermöglichen.

Leider fehlen den handelnden Personen bei Rot-Grün im Rathaus der Gestaltungswille, die Initiativkraft und auch der Mut für Leuchtturmprojekte. Wenn ich gerade gehört habe, wie der Kollege Börschel das Einzige, was wir dann vielleicht noch haben, nämlich die Bundesgartenschau 2025, hier schon infrage stellt, habe ich eine Ahnung, wo solche Debatten nachher enden können.

Ablesen kann man diesen Mangel, den ich gerade beschrieben habe, sehr schön an der Zahl der Anträge, die die einzelnen Parteien in den vergangenen zweidreiviertel Jahren in diesen Rat eingebracht haben, um Köln - jeweils in ihrem Sinne - nach vorne zu bringen. Von den demokratischen Fraktionen haben SPD und Grüne - heute mitgerechnet - insgesamt 45 Anträge gestellt, CDU und FDP 104.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Davon waren die meisten nicht zu gebrauchen!)

45 zu 104! Ich finde, dass diese Zahlen schon Bände sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Wo sind Ihre Ideen für die Zukunft dieser Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün? Wo soll Köln am Ende der Ratsperiode 2014 oder im Jahr 2020 oder im Jahr 2030 stehen? Wie stellen wir Mutter Colonia im Wettbewerb mit den anderen Städten auf der Rheinschiene, in Deutschland und in Europa optimal auf? Entweder sind Sie so damit beschäftigt, hinter den Kulissen zu klüngeln, oder der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Rot und Grün reicht nicht aus. Meine Damen und Herren, beide Alternativen sind keine guten Aussichten für Köln.

(Beifall bei der FDP)

Köln lebt immer stärker von der Substanz. Das gilt auch politisch. Bestes Beispiel ist der Rheinauhafen - ein Aushängeschild -, der zur Ansiedlung von Microsoft und weiteren IT-Unternehmen geführt hat. Dessen Bebauungsplan wurde von Schwarz-Gelb im Rat beschlossen. Die SPD hat sich damals enthalten; die Grünen haben dagegen gestimmt. Leider fehlen bis heute entsprechende Nachfolgeprojekte.

Dabei ließe sich auch ohne großen Finanzaufwand einiges bewegen. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Der erste Bereich ist die Kulturpolitik. Frau Moritz hat sie eben angesprochen. Heute Nachmittag werden wir in einer Aktuellen Stunde auch noch dazu kommen. Doch schon jetzt muss festgehalten werden, dass SPD und Grüne sowie die Stadtspitze hier einen Scherbenhaufen hinterlassen haben.

(Beifall bei der FDP sowie von Henk van Benthem [CDU])

Die Namen Beier, Blühm, Laufenberg und Stenz stehen für den Aderlass führender Kulturkräfte.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Kommt das nicht gleich noch einmal?)

Herr Börschel, Sie können sich ja gerne vom neuen Arbeitsdirektor der KVB das KVB-Orchester zur Bespielung der Oper ausleihen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

Ich glaube, das ist eher das Niveau, das Sie sich - ähnlich ist übrigens auch Frau Moritz heute in der Zeitung zitiert worden - für die Oper hier vorstellen.

(Beifall bei der FDP)

Aber auch beim Umgang mit Mäzenen, die der Stadt großzügige Spenden gemacht haben oder machen wollen, zeigt man sich unglaublich stiefmütterlich, wie aktuell der Frust von Herrn Corboud zeigt, weil die Stadt ihre Zusagen - wie im Fall Laufenberg - nicht einhält. Und die verprellte Stiftung für den Anbau an das Stadtmuseum ist wohl die größte politische Hypothek auf dem Konto der Kollegin Moritz.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Darauf bin ich stolz!)

- Das ist sehr traurig, Frau Kollegin. - Neuerdings beteiligt sich sogar die CDU am Mäzenen-Mobbing, wie ihr aktueller Vorstoß in Sachen Skulpturenpark zeigt.

(Heiterkeit bei Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Leider wurde unsere Initiative, auch ohne Bezahlung einen Kurator zur Betreuung der Mäzene zu benennen, abgelehnt. Der Kulturdezernent wollte das lieber selber machen.

Ich kann leider nicht erkennen, dass dies passiert.

In der Bildungspolitik - das ist mein zweites Beispiel - stellt man sich für den Wunsch der Eltern nach einem neuen, zusätzlichen Gymnasium zum Beispiel für den Stadtbezirk Lindenthal taub. Aber die Einrichtung neuer Gesamt- und Sekundarschulen kann gar nicht schnell genug über die Bühne gehen. So sorgt der gerade aus dem Hut gezauberte Vorschlag, alle Haupt- und Realschulen im Stadtbezirk Porz in Sekundarschulen zwangsumzuwandeln, für Aufruhr.

Von der Hochbegabtenförderung brauche ich hier gar nicht erst anzufangen; denn die gibt es nach den heutigen Haushaltsbeschlüssen in Köln schlicht und ergreifend nicht mehr. Dabei ist die individuelle Förderung der Kinder ein zentraler Schlüssel für den Erfolg unserer Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man hoch- und weniger begabte Kinder gegeneinander ausspielt, gelingt dies sicherlich nicht. Mit einer solchen Politik vertreibt man die Eltern aus der Stadt, die für ihre Kinder keine angemessene Bildungseinrichtung mehr finden.

(Zurufe von der SPD)

Drittes Beispiel ist die Wirtschaftspolitik. Hier werden Möglichkeiten für Wintermärkte, die Durchführung des NRW-Tages in Köln oder die Veranstaltung von verkaufsoffenen Sonntagen ohne Not ausgeschlagen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch alles Dünnpfiff!)

Darüber freuen sich insbesondere unsere Mitbewerberstädte wie Bonn und Düsseldorf oder das Kölner Umland, wo die Gäste und Touristen dann stattdessen ihr Geld ausgeben.

Ebenso werden wichtige Investitionen wie das Regionale-Projekt Butzweilerhof, die Umsetzung des Masterplans oder die Wiederherstellung der Oberfläche über der neuen U-Bahn wie am Breslauer Platz sträflich verschleppt. Das ist wahrscheinlich das Mediterrane an uns Kölnern, das die Römer bei uns als nördlichster Stadt Italiens hinterlassen haben: Kommst du heut nicht, kommst du morgen.

Den besten Beweis für diese geografische Verortung als nördlichste Stadt Italiens wird es sicherlich heute Abend geben, wenn - egal wer

gewinnt - entsprechende Autokorsos durch die Innenstadt stattfinden werden.

(Beifall von Reinhard Houben [FDP])

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, der österreichische Dramatiker Johann Nepomuk Nestroy hat einmal gesagt:

Die Phönizier haben das Geld erfunden,  
aber warum so wenig?

Diese Weisheit hat Rot-Grün in den vergangenen Jahren mit allen Kräften außer Kraft zu setzen versucht. Vorhandene Steuern wurden erhöht und neue Steuern erfunden.

Die Gewerbesteuer wurde angehoben, was den Wirtschaftsstandort Köln unattraktiver macht. Sie ist nun höher als die Gewerbesteuer in allen anderen Gemeinden und Städten der umliegenden Kreise.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Das ist ja Landkreisniveau, Herr Sterck!)

Die IHK schreibt dazu in ihrer Stellungnahme zum Haushalt:

Das Hebesatzniveau mindert in zunehmendem Maße die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Wohnstandortes Köln und verschärft in erheblicher Weise die Standortkonkurrenz im Rheinland, insbesondere im Vergleich zu Düsseldorf.

Die Gewerbesteuereinnahmen stiegen in den letzten zehn Jahren von 565 Millionen Euro im Jahre 2002 auf sage und schreibe 1,095 Milliarden Euro im aktuellen Haushaltsplan. Das ist fast eine Verdoppelung der Gewerbesteuereinnahmen. In der Summe betragen die Gewerbesteuermehreinnahmen der letzten zehn Jahre 3,3 Milliarden Euro zusätzlich für die Stadt Köln. Das zeigt, dass Köln kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Leider sind die Bemühungen der Bundes-FDP, die sehr konjunkturabhängige Gewerbesteuer durch eine solide kommunale Steuerbasis zu ersetzen, am Widerstand insbesondere der gut verdienenden Großstädte und der Lethargie des Bundesfinanzministers gescheitert.

Dabei gilt für alle Regierungen in Bund und Land, egal welcher Couleur - das hat Herr

Börschel eben auch schon gesagt -, dass die Kommunen insbesondere für immer neu übertragene Aufgaben finanziell besser ausgestattet werden müssen. Die neuen Schlüsselzuweisungen im Land und die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund können dabei nur erste Schritte sein.

Hier in Köln nutzt die Ratsmehrheit zahlreiche Chancen für neue Steuern.

Es gibt jetzt eine Zweitwohnungssteuer, die meist die in Köln studierenden auswärtigen Studentinnen und Studenten belastet.

Neueste Daumenschraube der Kämmerin ist die Schneesteuer, die alle Kölnerinnen und Kölner bezahlen müssen, egal ob Sommer ist oder Winter, ob es schneit, regnet oder die Sonne scheint.

Höhepunkt dieses Erfindungsreichtums ist die Sexsteuer nicht nur für Prostituierte, sondern auch für einvernehmlichen Sex in Swingerklubs. Leider - das haben wir am Montag im Finanzausschuss gelernt - sprudelt diese Steuer nicht mehr so, wie das einmal der Fall war. Wir haben jetzt nur noch 750 000 Euro Einnahmen, nachdem es vor fünf Jahren einmal 1,2 Millionen Euro waren.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das jetzt gut oder schlecht, Herr Sterck?)

Meine Damen und Herren, haben die Kölnerinnen und Kölner wegen dieser Steuer weniger Spaß am Sex? Ich weiß es nicht.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Der größte Etikettenschwindel ist aber natürlich die Bettensteuer, meine Damen und Herren, die Sie geschickt als Kulturförderabgabe getarnt haben. Einer Mitteilung der Verwaltung vom März dieses Jahres kann man entnehmen, dass in den ersten 15 Monaten 20 Millionen Euro eingenommen wurden, aber nur 4,5 Millionen Euro für kulturelle Zwecke im weitesten Sinne ausgegeben wurden. Den Rest hat die Kämmerin eingesackt.

(Beifall bei der FDP - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist Blödsinn! Lesen Sie den Haushalt einmal genau!)

Herr Börschel, es wundert mich, dass Sie selber das Thema der nach den Statistiken steigenden Übernachtungszahlen hier aufgebracht haben.

Wenn Sie die Unterlagen richtig gelesen haben, wissen Sie, dass dies durch eine Zunahme der Hotelzimmerkapazitäten in Köln, die in die Statistik aufgenommen worden sind, bedingt ist. Darüber hat es entsprechende Berichterstattungen gegeben.

(Martin Börschel [SPD]: Herr Sommer wird Ihnen bestätigen, dass das völlig unerheblich ist!)

Wir werden das gerne im Nachhinein noch einmal ansprechen. Hier gehen Sie aber nach dem Motto vor: Man darf nur der Statistik glauben, die man selber gefälscht hat. - Dass Sie dieses Thema hier selber aufbringen, wundert mich sehr.

Nun sollen die Parkgebühren um 50 Prozent steigen. Der Einzelhandelsverband prognostiziert deshalb Nachteile für die Einkaufsstadt Köln. Die Parkgebühren auf der Düsseldorfer Kö sind nur halb so hoch wie in Köln.

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]: Die FDP verweigert sich der Realität! - Beifall bei der SPD)

Und im Giftschränk der Kölner Grünen schlummern Parteitagsbeschlüsse für eine Citymaut und eine Parkhaussteuer. Dann gute Nacht, Kölner Einzelhandel!

Der Kölsche Schutzmann hatte in seiner Büttredenrede in der letzten Session schon den nächsten Vorschlag für Ihre rot-grüne Steuerspirale: Wer sich beim Marathon einen Wolf läuft, muss Hundesteuer zahlen. - Auf diesem Niveau sind wir mittlerweile angekommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, die FDP hat trotz ihrer Oppositionsrolle im Stadtrat versucht, Köln mit kreativen Ideen nach vorne zu bringen. So bekommt die Flora auf unsere Initiative hin derzeit ihr im Zweiten Weltkrieg zerstörtes Tonnendach zurück, unter dem Ebertplatz wird vor der Neugestaltung der Bau einer Quartiergarage geprüft, und die Nord-Süd-Stadtbahn wird trotz des schrecklichen Unglücks am Waidmarkt jetzt vorzeitig wenigstens von Norden her in Betrieb genommen. Es ist schade, dass wir das heute nicht auch für die südliche Teilstrecke beschließen können.

(Beifall bei der FDP)

Man könnte meinen, das Motto der FDP-Fraktion sei: Wir haben keine Chance, also nutzen wir sie. - Aber nein, so ist es nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Ihr gebt vor allem nur Geld aus!)

Denn man hat durchaus eine Chance, etwas zu bewegen, wenn man konstruktive Vorschläge macht. Diese versöhnlichen Worte sollten an einem solchen Tag der politischen Abgrenzung auch einmal gestattet sein.

Es gibt im Rat und den Ausschüssen keine Abstimmungsguillotine. Wenn den politischen Gegner die Argumente gegen die FDP-Initiativen ausgehen, wird gesagt, dass sie wahlweise zu früh oder zu spät oder zu laut sind.

(Michael Zimmermann [SPD]: Oder zu schlecht!)

Aber die meisten Beschlüsse in den Ausschüssen und im Rat werden einstimmig oder mit breiter Mehrheit gefasst. Im Kölner Rathaus herrscht, im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen, ein sehr kollegiales Klima. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, CDU und Grünen, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung einmal bedanken - auch wenn es natürlich schön wäre, wenn noch mehr Initiativen der FDP umgesetzt würden.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, der Haushalt der Stadt Köln wird die Stimmen der FDP nicht bekommen. Dies hat insbesondere zwei Gründe.

Erstens fehlt uns die nötige Transparenz der Zahlen, die die Kollegin eben auch schon angemahnt hat. Frau Kämmerin, wir haben Sie vor anderthalb Jahren mit gewählt, weil wir uns davon versprochen haben, dass moderne Steuerungsinstrumente des Neuen Kommunalen Finanzmanagements auch für uns erschlossen werden. Leider befindet sich die Stadt in Sachen Haushalt immer noch in einem Blindflug; denn trotz der dicken Haushaltsbände kann man nicht erkennen, was für Ausgaben geplant sind, wohin das Geld wirklich fließt und insbesondere, wo es versickert. In dieser Frage stehen Sie bei unserer Fraktion noch gewaltig in der Bringschuld.

Dass heute mit der Eröffnungsbilanz für das Jahr 2008 eine Bilanz ohne uneingeschränkten



Prüfvermerk vorgelegt wird, bringt das Fass dann zum Überlaufen.

Und kommen Sie bitte nicht mit der Idee, als Nächstes einen Doppelhaushalt für 2013/2014 vorzulegen, um vor der Köln-Wahl eine Haushaltsdebatte zu vermeiden. Wir haben dieses Instrument immer abgelehnt und fordern den Verzicht darauf vor dem Hintergrund der sehr beweglichen Zahlen im Sinne von Klarheit und Wahrheit vehementer denn je.

Ein zweiter Grund für unsere Ablehnung ist der fehlende Sparwille von Verwaltung und Ratsmehrheit. Herr Börschel hat das eben im Grunde auch schon zugegeben. Der Plan liefert zwar viel Kosmetik und Ausgabenverschiebungen. Aber nur 60 Prozent der Einsparungen sind mit konkreten Maßnahmen hinterlegt. Eine Zustimmung käme damit einem Blankoscheck gleich, den wir Ihnen beim besten Willen nicht ausstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Selbst die Kämmerin fordert ein Sparkonzept. Herr Börschel hat es eben auch gefordert. Das Ziel, erst bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist eigentlich eine politische Bankrotterklärung.

Doch solange für Lieblingsprojekte von Rot-Grün noch Geld da ist, scheint es noch nicht so schlimm zu sein.

(Martin Börschel [SPD]: Sei doch ehrlich! Die Flora! Die Archäologische Zone! Was ist das denn für eine Heuchelei?)

Ich denke an die Kühlschränke für Hartz-IV-Empfänger. Hier wurde beschlossen, nicht AA-Kühlschränke zu nehmen. Vielmehr mussten es AAA-Kühlschränke sein, was 89 000 Euro gekostet hat.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt ist die FDP auch noch gegen Triple A! Gibt es denn so etwas?)

Ich denke an den Verkauf der Häuser an der Boltensternstraße - darüber wird heute im *Express* berichtet -, den wir nachher beschließen werden und der uns 200 000 Euro kostet.

Ich denke an die Akademie der Künste der Welt für 1 Million Euro. Sie ist sicherlich eine gute Institution, aber an dieser Stelle auch entbehrlich.

Ich denke - damit sind wir sogar im achtstelligen Bereich - an die 35 Millionen Euro, die wir für die Wohnungsbauförderung ausgeben. Das können wir uns als Stadt leider nicht leisten.

Das sind nur einige Beispiele für entbehrliche Ausgaben, die wir zulasten kommender Generationen machen.

Herr Oberbürgermeister, ich komme zum Schluss.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Köln hat enorme Potenziale, um uns im Wettbewerb mit den anderen Metropolen in Deutschland und Europa nach vorne zu bringen. Doch leider wird die Stadt unter ihren Möglichkeiten regiert. Die FDP gibt aber die Hoffnung nicht auf. Wir sagen nach wie vor: Köln kann mehr. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Sterck. - Wir kommen jetzt zu Herrn Uckermann.

(Unruhe)

**Jörg Uckermann** (pro Köln): Guten Morgen zusammen! Ich habe mich gefreut, dass der Aufruf, hier ans Rednerpult zu kommen, bei Ihnen wieder zu einem Lebenszeichen geführt hat. Daher freue ich mich auf eine lebendige Debatte.

(Beifall bei pro Köln)

Herr Oberbürgermeister, würden Sie mir bitte die Uhr richtig einstellen? - Jetzt steht sie.

Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Haushaltssatzungsdebatte, also das Verabschieden des Haushaltes, hat ja eine unwahrscheinliche mediale Aufmerksamkeit gefunden. Es ist traurig, dass nicht mehr Bürger den Weg in den Rat gefunden haben, um mitzuerleben, wie es um ihre Stadt steht, wie es um ihre Finanzen steht.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist Donnerstagsvormittag! Die meisten arbeiten!)

Das ist sehr bedauerlich. Für uns ist das kein Zeichen von Zufriedenheit, sondern ein Zeichen von politischer Verdrossenheit.

Wer diese Debatte hier seit 9 Uhr miterlebt hat - das sind jetzt fast zwei Stunden -, der kann wirklich sagen: Die Bürger haben nichts verpasst, wenn sie heute Morgen nicht in den Rat gekommen sind.

Die Frage ist natürlich auch: Warum macht man so eine wichtige Sitzung morgens um 9 Uhr? Will man vielleicht gar nicht, dass die Bürger dabei sind, Herr Oberbürgermeister?

Herr Börschel von der SPD hat eben richtig gesagt, dass uns hier ein beratungsfähiger Haushalt vorliegt. Man kann ja über vieles beraten, Herr Oberbürgermeister. Die Frage ist nur: Ist das genehmigungsfähig?

(Beifall bei pro Köln)

Ist so etwas genehmigungsfähig? Sie waren früher selber Regierungspräsident. Damals waren Sie als Aufsichtsorgan für die Kommunalfinanzen zuständig. Würden Sie einen solchen Haushalt heute noch als Regierungspräsident genehmigen? Na ja, Sie sind Optimist. Ich nehme an, dass Sie auch die Möglichkeit wahrnehmen, die Ihnen die rot-grüne Landesregierung gegeben hat, 2014 gegebenenfalls aus dem Amt zu scheiden, wenn die ganzen Auswirkungen für die Bürger tatsächlich zum Tragen kommen.

Denn was erleben wir hier? Wir erleben einen städtischen Haushalt, der ein Haushaltsloch von 220 Millionen Euro aufzuweisen hat. 750 Millionen Euro entnehmen Sie dem Eigenkapital. Für 2,7 Milliarden Euro Altschulden müssen Sie entsprechende Zinsen bezahlen. Und was erleben wir hier? Wir erleben eine zweistündige Debatte, die inhaltsleerer und faktenleerer nicht sein kann.

Eines sagen wir direkt: Wenn Sie meinen, Sie könnten sich mit einem Doppelhaushalt, den Sie erst nach der Kommunalwahl 2014 verabschieden, über die Runden retten, machen wir dabei nicht mit. Da kündigen wir von der Fraktion pro Köln Widerstand an.

(Beifall bei pro Köln)

Mit diesem beratungsfähigen Zahlenwerk ist Ihnen einiges gelungen, was die Griechen seinerzeit gemacht haben, um in den Euro-Raum zu kommen. Damit ist das hier vergleichbar. Eben ist gesagt worden, Köln sei die nördlichste

Stadt Italiens. Herr Roters, mit diesem Haushalt wird Köln die nördlichste Stadt Griechenlands.

(Beifall bei pro Köln)

In dieser Debatte haben wir jetzt das eine oder andere gehört. Herr Börschel hat eben gesagt, man könne an allem nichts machen; es sei eben alles so schlimm, und man sei nicht verantwortlich. Er hat dann ein Beispiel genannt, nämlich die Gebühren des 1. FC Köln für das RheinEnergieStadion, und die Verwaltung, also Sie, gemahnt, entsprechend neu zu verhandeln. Herr Börschel, unseres Wissens gehört das Stadion der Sportstätten GmbH, deren Aufsichtsrat rot-grün dominiert ist. Daher frage ich Sie: Was haben Sie damals für Verträge geschlossen?

(Beifall bei pro Köln)

Solche Ausreden können Sie hier morgens um 9 Uhr bringen, wenn niemand zuhört. Die Zeitung wird ja nichts darüber schreiben. Schließlich haben Sie eben bei den Medienleuten geschleimt, die könnten es auch nicht besser, die würden solche Leserbriefe bekommen usw. Sie wünschen eine gute Hofberichterstattung.

Aber wir werden Gegenöffentlichkeit betreiben. Wir werden selbstverständlich die hierfür Verantwortlichen, die Schuldigen, ganz konkret benennen.

An sich erwartet man von der Opposition, dass konkrete Sparvorschläge gemacht werden. Das hat Herr Granitzka gerade angesprochen. Die CDU hatte aber zwölf Jahre selber hier den Haushalt und die Finanzpolitik zu verantworten. Sie sind mit daran schuld, dass wir heute an dieser Stelle stehen. Im Übrigen können Sie nicht einfach sagen, Sie hätten Vorschläge gemacht. Wir haben die Tagesordnung der Sitzung gesehen: kein einziger vernünftiger Sparvorschlag; alles nur Medientheater, damit die Zeitung voll wird und besser Anzeigen verkaufen kann.

Nehmen wir nur Ihren abstrusen Vorschlag, Köln in vier Stücke einzuteilen; ein Teil heißt dann Köln-Ost, ein anderer Köln-Nord oder sonst wie. Was soll das denn bringen? Benennen Sie doch einmal ganz konkret, welches Sparpotenzial eine Zusammenlegung von Bezirksvertretungen haben soll. Eine Bezirksvertretung hat für alle Serviceangebote wie zum Beispiel die Vergabe der Turnhallen und die Vergabe der Schulräume sechs Mitarbeiter. Und Sie wollen

Millionenbeträge erwirtschaften, indem Sie das zusammenlegen? Das kann doch nicht wahr sein.

Die Stadt Düsseldorf, die nur halb so groß ist wie Köln, hat zehn Bezirksvertretungen. Solingen, eine Stadt mit 125 000 Einwohnern, hat fünf Bezirksvertretungen. Köln hat neun Bezirksvertretungen. Was wollen Sie denn dann für Großbezirke haben? Ist das die neue Idee einer Massenveranstaltung? Wollen Sie den Menschen hier die Heimat nehmen? Wir Kölner identifizieren uns mit unseren Veedeln. Das muss auch so bleiben. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei pro Köln)

Ein ganz abstruses Beispiel für Missmanagement in der Kommunalpolitik ist die Nord-Süd-Bahn. Die Kölner haben große Opfer dafür bringen müssen. Es war hoch umstritten, ob wir diese U-Bahn brauchen oder nicht. Das Ganze mussten wir mit einem Kirchturm, der fast eingestürzt ist, und dem Einsturz des Historischen Archivs bezahlen. Und jetzt, wo diese Nord-Süd-Bahn fertig wird, sagt man: Wir wollen aber nicht darauf fahren; das wollen wir erst in zwei Jahren machen.

Das können Sie mit einem Autokauf vergleichen, der wie folgt abläuft: Jemand plant, ein Auto zu kaufen. Er bestellt das Auto. Das Auto ist da. Er bezahlt es im Autohaus und lässt es vier Wochen dort stehen. Dann ruft man ihn an und fragt ihn, warum er sein Auto nicht abholt. Darauf sagt er: Das mache ich in zwei Jahren; dann habe ich wieder Geld fürs Benzin.

(Heiterkeit und Beifall bei pro Köln)

Das hätten Sie doch alles früher wissen müssen. So etwas können Sie dem Bürger doch nicht mehr erklären. Erzählen Sie das zum Beispiel einmal jemandem auf der Severinstraße. Dort haben die Leute sich darauf gefreut, dass wieder Kunden zu ihnen kommen können. Jetzt müssen sie darauf verzichten. Das ist die Sache, die hier läuft.

Die einzige Opposition ist pro Köln. Eben ist von einem anderen Redner gesagt worden, wie furchtbar aktiv Sie seien. Herr Sterck, wir rechnen nicht nach, wie viele Anträge wir hier eingebracht haben. Aber wir haben dreimal so viele Anträge eingebracht wie Sie. Außerdem haben wir in den Ausschüssen immer mitgewirkt. Wir von der Fraktion pro Köln kommen nicht nur dorthin, wenn eine große Mediensitzung

stattfindet, sondern arbeiten konkret in den entsprechenden Ausschüssen mit.

Was noch überhaupt nicht angesprochen worden ist, ist die Frage: Was bedeutet das, was wir hier gehört haben, für die Bürger? Es ist ja etwas von globaler Verantwortung für den Klimaschutz gesagt worden. Frau Moritz hat erklärt, wir müssten dichter und höher bauen. Was wollen Sie denn? Wollen Sie mehr Wohnsilos haben, Frau Moritz? Sie haben auch nicht gesagt, wie Sie es finanzieren. Wollen Sie das als Einsparpotenzial nehmen? Das wollen wir eben nicht. Pro Köln möchte, dass es wieder ein lebenswertes Köln gibt.

Ein lebenswertes Köln bedeutet auch, dass man sich Köln als Normalbürger leisten kann. Da tut die Erhöhung der Grundsteuer natürlich weh. In der Folge heißt das Motto: Wer kann, zieht weg. - Frau Moritz, Sie wundern sich über die sogenannte - das ist Ihr Wortgebrauch - soziale Entmischung. Bei dieser Grundsteuer überlegen sich die Bürger natürlich: Baue ich mein Einfamilienhaus in Köln oder ein paar Kilometer weiter, wo es billiger ist? - Das ist Ihre soziale Entmischung. Damit verprellen Sie die Steuerzahler in dieser Stadt, die etwas beitragen können, weil sie die entsprechende Leistungsfähigkeit haben. Das ist Ihr Motto.

Man kann das mit dem Satz „Roters macht das Wohnen in Köln teuer“ zusammenfassen. Dazu kommen ja auch noch die Müllgebühren. Eine Gewerbesteuererhöhung erfolgt in diesem Jahr nicht. Wir haben sie aber derart angehoben, dass man sagen kann: Arbeitsplätze werden in Köln künstlich teuer gemacht. - Menschen müssen hier mehr leisten als anderswo, um konkurrenzfähig zu sein, weil Sie ihre Arbeit mit Steuern belegen. Das ist das Phänomen.

Die Eintrittspreiserhöhung in den Schwimmbädern tut mancher Familie weh. Sie macht manche Familien arm. Das muss nicht sein. Übrigens ist es in Köln auch so, dass immer mehr Kinder im dritten Schuljahr kaum noch schwimmen können. Diese Entwicklung geht rapide nach unten. Das ist auch klar. Denn wer kann sich das tatsächlich noch leisten?

Nun komme ich zu den Strompreisen. Insbesondere treffen sie die Alleinstehenden, ganz besonders die Rentner, die hier an den Rand gedrängt werden. Wie kann es eigentlich sein, dass in der stadt eigenen Stromfirma eine automatische Gehaltserhöhung von 87 000 Euro für ein Vorstandsmitglied stattfindet? Wie wollen Sie das den Leuten erklären? Dort werden

ohnehin Gehälter bezahlt, die nicht niedrig sind. Sie liegen bei 1,5 Millionen Euro. Dann gibt es einfach so noch einmal 87 000 Euro mehr. Da oben macht man sich die Taschen voll, und die Bürger können sich den Strom nicht leisten.

(Beifall bei pro Köln)

Hier sind wir als Eigentümer dieses Unternehmens gefordert. Als Vertreter der Bürger müssen wir dafür sorgen, dass so etwas nicht möglich ist und dass der Strom in Köln selbstverständlich bezahlbar bleibt.

Jetzt komme ich zu den Kölner Verkehrs-Betrieben. Die Kölner Verkehrs-Betriebe haben sehr viele Mitarbeiter, die sehr motiviert sind. Wenn sie mitbekommen, was im Vorstand und im Aufsichtsrat los ist, können sie das Ganze aber nicht mehr verstehen. Ist es eigentlich normal, dass wir bei der KVB, die früher ein städtisches Amt war, das von einem Inhaber einer A-16-Stelle und einem Stellvertreter geleitet wurde, mittlerweile vier Vorstandsposten haben?

Jetzt hat man mitbekommen - das wurde auch wieder vor der Öffentlichkeit versteckt -, dass dort ein 45 Jahre alter Betriebsschlosser einen Fünfjahresvertrag bekommt und 395 000 Euro pro Jahr als Grundgehalt verdienen soll. Erklären Sie das einfach einmal den Leuten. Das ist mehr Geld, als die Bundeskanzlerin bekommt - und das bei den Kölner Verkehrs-Betrieben. Es muss doch möglich sein, zu einem angemessenen Gehalt hier den Nahverkehr zu organisieren.

(Beifall bei pro Köln)

Meine Damen und Herren, es ist ohnehin eine Forderung von uns - das haben wir in etlichen Anträgen eingebracht -, dass wir bei der Diskussion über die Einnahmeseite nicht nur die Bürger meinen dürfen.

Jetzt sollen die Parkgebühren auf 3 Euro pro Stunde erhöht werden. Damit wird Parken zum Luxus. Wir wollen, dass auch der normale Bürger wieder mit dem Auto in die Kölner City fahren kann, ohne abgezockt zu werden. Ich frage mich sowieso, welchen Sinn das machen soll. Auf der einen Seite wollen wir mit unserem Einzelhandelskonzept die Leute in die City locken, und auf der anderen Seite verprellen wir sie mit solchen Parkgebühren. Das funktioniert doch nicht.

Darum muss unser Credo sein: Die Stadt muss für die Bürger da sein - und nicht die Bürger für die Stadt. Pro Köln wird sich weiterhin für die Bürger einsetzen. Wir lassen es nicht zu, dass

hier widerspruchlos abgezockt wird. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei pro Köln)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das war Herr Uckermann. - Wir kommen zu Herrn Detjen.

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Als Übergangshaushalt wird dieser Haushalt inzwischen von vielen bezeichnet. Eines ist sicher: Mit dieser Ratsmehrheit wird ein Übergang zum Besseren schwierig.

Die Teilhabe aller Kölnerinnen und Kölner am gesellschaftlichen Leben muss für uns der entscheidende Grundsatz für jede Haushaltspolitik sein. Die Realität ist aber eine andere: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Die Armut wächst in unserer Stadt.

Im vergangenen Jahr wurde 10 000 Haushalten der Strom gesperrt. Das ist ein deutlicher Anstieg. Der Hartz-IV-Regelsatz ist allein bei der Stromberechnung um 11 Euro zu niedrig.

Erschütternd ist die Feststellung der Sozialverwaltung, dass es - Zitat - „größtenteils“ arme Menschen sind, die überhaupt keine staatlichen Leistungen beziehen. Das heißt, dass wir viele dieser Menschen gar nicht mehr erreichen. Deshalb darf es nicht sein, dass in der Sozialpolitik die Mittel gekürzt werden.

Interessant ist, dass Herr Börschel zu diesem Thema gar nichts gesagt hat, obwohl er über die Zukunft gesprochen hat; denn wenn man über die Zukunft der Stadt redet, muss man auch darüber sprechen, wie wir die Armut in der Zukunft bekämpfen wollen.

(Beifall bei der Linken)

Andersherum, meine Damen und Herren: Wir müssen das Gute, das wir in dieser Hinsicht tun - da gibt es ja auch etwas Gutes, zum Beispiel den Köln-Pass -, verbessern und ausbauen.

(Beifall bei der Linken)

Wir brauchen in Köln dringend mehr Wohnungen. Deshalb unterstützt die Linke das Kölner Wohnungsbauprogramm, weil wir auf diesem Weg auch in Stadtteilen mit geringen Einkommen soziale Stadtentwicklung betreiben können. Leider ist das Kölner Programm deutlich zu klein geraten. Es reicht gerade einmal für

300 Wohnungen im Jahr. Die doppelte Zahl wäre allein nötig, um den derzeitigen Stand an Wohnungen mit Sozialbindung zu halten.

Wir müssen Stadtteile wie Chorweiler, Vingst und Finkenberg stärken und weiterentwickeln.

Deshalb haben wir überhaupt kein Verständnis dafür, dass die Verwaltung das Baulückenprogramm schließen will. Lassen Sie diesen Unsinn sein, meine Damen und Herren. In den Jahren 2004 bis 2010 haben vier Mitarbeiter durchschnittlich 76 Baulücken im Jahr geschlossen und zusätzlich 509 Wohneinheiten im Jahr geschaffen. Das wurde uns auf unsere Anfrage geantwortet, Herr Oberbürgermeister. Dafür bedanken wir uns. Wir bitten aber darum, dass diese Arbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortgesetzt wird.

(Beifall bei der Linken)

Es ist ein Unding, dass die Verwaltung den Kitaausbau verzögern wollte. Wir schlagen vor, nicht nur die Kürzungen zurückzunehmen, sondern noch in diesem Jahr 2,5 Millionen Euro in die Hand zu nehmen und für den Bau von 235 weiteren Kitaplätzen einzusetzen.

(Beifall bei der Linken)

Die Politik erreicht viele Kölnerinnen und Kölner nicht mehr. In Chorweiler betrug die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 29 Prozent. Vor diesem Hintergrund ist der Umgang von SPD und Grünen mit dem Bürgerhaushalt mehr als kontraproduktiv. Sie benutzen den Bürgerhaushalt, als wäre er ein Versandhauskatalog. Sie picken sich dieses und jenes heraus, was Ihnen gefällt, und schieben den Rest beiseite - mit dem bequemen Argument, dafür gäbe es kein Geld. So funktioniert Bürgerbeteiligung nicht. Damit machen Sie von Rot-Grün den Bürgerhaushalt kaputt.

(Beifall bei der Linken)

Lassen Sie uns den Bürgerhaushalt mit einem Mindestetat ausstatten. Lassen Sie uns außerdem in die Stadtbezirke gehen und um Teilhabe am Bürgerhaushalt werben.

(Beifall bei der Linken)

Teilhabe, Transparenz und Partizipation spielen in der rot-grünen Machtschacherei inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle.

Der KölnAgenda, die seit Jahren in Köln eine wichtige Rolle spielt und Teil der Agenda-Bewegung ist, sollen die finanziellen Fördermittel von 76 000 Euro entzogen werden, und die Stadt will ihre Mitgliedschaft kündigen.

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Die KölnAgenda hat ja heute Morgen hier ihr Flugblatt verteilt.

Das halten wir für einen Skandal. Schließlich moderiert die KölnAgenda inzwischen zusammen mit der Stadtverwaltung und den Ratsfraktionen die Klimapolitik in Köln. Sie ist also aktiv an diesem Moderationsprozess beteiligt. Trotzdem hat man mit der KölnAgenda noch nicht einmal vorher über die Kürzung der Mittel geredet. Das ist wirklich ein Skandal. So kann man mit Initiativen in dieser Stadt nicht umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Bis heute ist es weder der Bundesregierung noch der EU gelungen, den Finanzspekulant den das Handwerk zu legen. Deshalb verwundert uns der Vorschlag der Kölner CDU, die Zusatzversorgungskasse und die Beihilfekasse der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Rheinischen Versorgungskassen anzugliedern. Man muss in diesem Zusammenhang wissen, dass die Zusatzversorgungskasse und die Beihilfekasse eine hohe, solide Kapitaldeckung haben, während die Rheinischen Versorgungskassen in dieser Hinsicht nicht gut aufgestellt sind. Unseres Erachtens hat die CDU damit einen abenteuerlichen Vorschlag eingebracht, der faktisch auf eine Plünderung der Kölner Betriebskassen hinausläuft.

(Winrich Granitzka [CDU]: Raub!)

Aber SPD und Grüne finden diesen Vorschlag nach eigener Aussage attraktiv.

(Ursula Gärtner [CDU]: Es geht um Verwaltungskosten!)

SPD und Grüne kritisieren die Verwaltung, sie habe keine Sparvorschläge gemacht. In gewisser Weise haben Sie ja recht: Die Vorschläge der Verwaltung haben meines Erachtens keinen roten Faden, weder im Positiven noch im Negativen.

Meine Damen und Herren von SPD und Grünen, aber welche Vorschläge haben Sie denn? Von Ihnen sind ja auch keine Vorschläge gekommen.

(Martin Börschel [SPD]: Auf Ihre Vorschläge sind wir einmal gespannt, Herr Kollege!)

Herr Börschel, die Rede, die Sie heute gehalten haben, war ganz interessant. Wir haben aber im Prinzip gesagt: Da kommt etwas. - Was da kommen wird, kann man sich ja vorstellen. Aber Sie haben völlig offengelassen, was Sie machen wollen. Nur dass Sie auf die CDU zugehen wollen, haben Sie nicht offengelassen. Zur Sozialpolitik haben Sie auch nichts gesagt. Das finde ich für einen sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden schon bemerkenswert.

(Beifall bei der Linken)

Deswegen frage ich Sie: Stürzen Sie sich bewusst auf die Vorschläge der CDU, weil Sie keine eigenen haben? Soll das CDU-Papier aus dem Finanzausschuss Ihre Übergangspolitik sein? Das ist meine Frage. Und wenn Sie dieses Papier als konstruktiv bezeichnen, kann ich nur sagen: Gute Nacht, Marie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten sich dieses Papier unbedingt besorgen; Sie sind ja nicht alle im Finanzausschuss. Darin geht es nämlich nicht nur um die Abschaffung der Stadtbezirke - dieser Vorschlag ist ja bekannt und durch die Presse gegangen -, sondern auch um andere Dinge. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen.

Zum Ersten ist darin die Reduzierung der Mittel für das Projekt Lebenswerte Veedel enthalten. Die Sozialraumprojekte sollen also infrage gestellt werden.

Zum Zweiten schlägt die CDU die Reduzierung der Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Bezieher durch Zwangsumzüge in kleine Wohnungen vor. Die kleinen Wohnungen haben wir bekanntlich nicht. Trotzdem ist das bezeichnend.

Während Sie diese Vorschläge der CDU als konstruktiv bezeichnen, kann ich nur sagen: Diese Vorschläge sind reaktionär und sozialfeindlich. Da gibt es kein Vertun.

(Beifall bei der Linken - Henk van Benthem [CDU]: Gut, dass Sie nichts zu sagen haben!)

Das Problem der Kommunen ist die Einnahmeseite. Das haben verschiedene Redner hier schon gesagt. Andere haben es nicht gesagt. Ich glaube trotzdem, dass die Einnahmeseite das Problem ist. Dafür werden vonseiten der Verwaltung ein paar kleine

Vorschläge gemacht. Ein Konzept zur Verbesserung der Einnahmeseite existiert aber nicht.

Meine Damen und Herren, wir haben in unserem Veränderungsnachweis im Finanzausschuss Vorschläge dazu gemacht: zusätzliche Betriebsprüfer bei der Gewerbesteuer zusammen mit der Finanzverwaltung, Automatenkontrollen usw. usf. Diese Vorschläge gibt es also. Auch sie sollten einmal geprüft werden.

Wir möchten noch einmal betonen, dass die Erhöhung der Gewerbesteuer im vergangenen Haushalt unseres Erachtens völlig richtig war. Rot-Grün hatte endlich verstanden, dass es sinnvoll ist, Schritt für Schritt die Gewerbesteuer zu erhöhen, und dass es ein Fehler war, über 20 Jahre in dieser Hinsicht nichts zu machen. Wir sind der Meinung, dass 490 der richtige Hebesatz für Köln wäre. Das würde im Jahr 2012 noch 20 Millionen Euro bringen.

Deswegen werden wir weiter an diesem Thema arbeiten, auch wenn das Wehklagen der FDP nicht zu überhören ist, um es einmal salopp zu sagen. Die Realität ist aber eine andere, meine Damen und Herren. Wer sich die neue Liste der IHK über die Entwicklung der Gewerbesteuer in Nordrhein-Westfalen anschaut, wird deutlich sehen, dass wir da im Mittelfeld liegen und nicht an der Spitze. Das muss man einmal klar sagen.

Rot-Grün vertagt Konflikte lieber, als sie auszutragen. Das sehen wir seit langem im Kulturausschuss. Mehr als ein Jahr lang haben Sie es nicht vermocht, von der Verwaltung die Wirtschaftszahlen der Bühnen zu erhalten. So etwas bringt den Ausschuss, aber auch die öffentliche Debatte in eine schwierige Situation. Das fanden wir überhaupt nicht konstruktiv.

Dasselbe sehen wir bei der U-Bahn. Die SPD hat die Vorrichtung für eine Tunnellösung mitfinanziert. Die Grünen waren - zu Recht - dagegen. Jetzt ist es andersherum. Heute sind die Grünen für die vorzeitige Inbetriebnahme, obwohl sie den Bau der U-Bahn prinzipiell abgelehnt haben, und wollen dafür mal locker 40 Millionen Euro ausgeben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es umgekehrt gemacht hätten und die Tunnellösung nicht vorfinanziert hätten, wäre es jetzt vielleicht möglich, die U-Bahn vorzeitig in Betrieb zu nehmen. Es wäre also doch besser, wenn Sie als gemeinsames Bündnis ab und zu Ihre

Diskussionspunkte frühzeitig besprechen würden.

(Karsten Möring [CDU]: Aber besser rechnen können sollte man schon, Herr Detjen!)

- Ja, natürlich. Rechnen können muss man. Und das kann man immer verbessern. Das ist gar keine Frage.

Rot-Grün hält sich bei Konflikten lieber zurück und wagt sich nicht aus der Deckung, sondern versucht, die Probleme der Verwaltung zuzuschieben.

Wenn im Hause vonseiten der Oppositionsparteien konstruktive Vorschläge gemacht und Anträge gestellt werden - ob sie nun von der FDP, der CDU oder den Linken kommen -, reagiert Rot-Grün normalerweise wie folgt darauf: Das haben wir doch schon; das brauchen wir nicht; die Verwaltung macht das sowieso schon; das ist haushaltstechnisch nicht zu machen.

Das finde ich nicht konstruktiv. So kann man meines Erachtens mit der Politik hier im Stadtrat nicht umgehen. Da muss etwas passieren. Interessant ist, dass es in Köln den Grundsatz „Man muss auch gönnen können“ gibt. Aber das kann Rot-Grün überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zwei Dinge zur Schulpolitik sagen. Die Entwicklung der Fachhochschule in Deutz ist der richtige Weg. Darum haben wir gekämpft. Ich hoffe, dass wir hier positiv weitergehen. Die Entwicklung in Deutz hat jetzt dazu geführt, dass wir in der Innenstadt eine Gesamtschule bauen können. Ich bitte darum, dass wir diesen Weg gehen; denn es muss möglich sein, neben dem Justizzentrum auch die Gesamtschule in der Innenstadt zu bauen.

Lassen Sie mich noch einmal deutlich festhalten, dass die Bürgerbeteiligung beim Helios-Gelände auf jeden Fall der richtige Weg war. Die Ehrenfelder haben gesagt: Wir wollen eine inklusive Universitätsschule und kein Einkaufszentrum. - Dieser Prozess ist abgeschlossen. Jetzt ist entscheidend, dass dieser transparente Prozess fortgesetzt wird und dass die Ehrenfelder und Ehrenfelderinnen an dem weiteren Prozess der Errichtung der inklusiven Schule beteiligt werden.

(Beifall bei der Linken)

In Köln findet nicht nur soziale Ausgrenzung statt. Menschen werden auch aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer religiösen Glaubensrichtung, ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Lebensform diskriminiert. Diese Menschen müssen wir schützen, ob sie nun in Mülheim in der Keupstraße wohnen oder im besetzten Haus in Kalk. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der jeder mit all seinen Besonderheiten seinen Platz finden kann.

Wir können uns streiten und uns mit Ihnen auseinandersetzen. Das muss allerdings in einer Atmosphäre von Respekt und Wertschätzung erfolgen.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, mit Ihrer Gleichstellungspolitik ist aber nicht viel Staat zu machen. Das Integrationskonzept und das Maßnahmenprogramm lassen auf sich warten. Oder nehmen wir das Beispiel des Autonomen Zentrums in Kalk. Inzwischen sind der ehemalige Beigeordnete Streitberger und die Kölner Polizei viel fortschrittlicher und aufgeschlossener für eine Lösung mit dem Autonomen Zentrum als die SPD in Köln. Das lässt tief blicken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Herr Oberbürgermeister, ich komme zum Schluss. Ich würde mir wünschen, dass Sie in Sachen Minderheiten in dieser Stadt einen noch offeneren Kurs einschlagen und Ihre politischen Möglichkeiten, die Sie haben, nutzen. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam in dieser Stadt gegen Rassismus und Rechtsextremismus kämpfen.

Das dürfen nicht nur spontane Events sein. Vielmehr müssen wir hier eine kontinuierliche Arbeit leisten. Deshalb unterstützen wir die Überlegungen des NS-Dokumentationszentrums, ein jährliches Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus zu entwickeln.

Köln stellt sich quer, heute und in der Zukunft. Wir tun das auf jeden Fall auch beim Haushalt. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Detjen. - Dann erteile ich Herrn Hoffmann das Wort.

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

(Der Redner trägt diese Anrede auf Griechisch vor)

Vielleicht hat die griechisch gesprochene Begrüßung schon dazu beigetragen, Ihr Bewusstsein, Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Verantwortung für das Haushaltsdefizit und die Schuldenhöhe zu stärken.

(Winrich Granitzka [CDU]: Kalimera! - Weiterer Zuruf von der CDU: War das Altgriechisch oder Neugriechisch?)

- Eine Mischung, damit es jeder versteht.

(Heiterkeit und Beifall)

Wegen der begrenzten Redezeit möchte ich nicht näher auf Einzelpositionen eingehen, sondern auf den gesamten Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung. Ich stelle die Frage: Wie ernst kann man eigentlich die Sparpläne von Rat und Verwaltung im Rahmen einer nachhaltigen Haushaltspolitik und Konsolidierung nehmen?

Um die zu erwartenden jahresbezogenen Defizite in Zukunft zu reduzieren, stellt die Kämmerei nun fest, dass ein Sanierungskurs mit Konsolidierungsprogramm erforderlich ist. Weiter heißt es in ihrem Vorbericht:

Hierfür werden

- man spricht also wieder über die Zukunft -

zahlreiche Managementmaßnahmen zu treffen und Ratsbeschlüsse herbeizuführen sein.

Was sind das denn für tolle Neuigkeiten? Hatte man nicht schon in den vergangenen Jahren viel zu hohe Defizite und Schulden und hat deshalb beim Doppelhaushalt 2010/11 gemäß Ratsbeschluss vom 10. November 2009 eine Taskforce eingerichtet?

(Unruhe)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Herr Hoffmann, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? - Meine Damen und Herren, wir haben hier ein Grundgeräusch durch Unterhaltungen. Ich bitte Sie doch, dem jeweiligen Redner auch entsprechend zuzuhören.

(Beifall bei der FDP)

**Klaus Hoffmann** (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister, ich kann das schon verstehen. Wir sind mittlerweile nicht bei einer Debatte, sondern bei Vorträgen. Ich habe früher in meiner Schule auch die Erfahrung gemacht, dass man kaum so lange konzentriert zuhören kann. Daher habe ich durchaus Verständnis, wenn hier ab und zu Gespräche geführt werden. Aber vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Ich darf deshalb noch einmal ganz kurz an die Zahlen von damals erinnern. Ohne das Einsparvolumen der Arbeitsgruppe betrug das vorläufige Defizit im eingebrachten Doppelhaushalt 2010 circa 413 Millionen Euro und 2011 circa 350 Millionen Euro. Dann wurden Einsparvolumen für 2010 von circa 30 Millionen Euro und für 2011 von circa 65 Millionen Euro laut Arbeitsgruppe und Verwaltung benannt. Deshalb wurde in der mittelfristigen Finanzplanung unter Berücksichtigung des Einsparergebnisses der Arbeitsgruppe „nur“ noch ein Defizit für 2013 von knapp 200 Millionen Euro und für 2014 von ungefähr 125 Millionen Euro prognostiziert.

Das klang gut und sah auch gut aus. Warum nun im Zusammenhang mit dem Haushaltsplanentwurf 2012 wieder ein wesentlich höherer Fehlbetrag - 2013 von 238 Millionen Euro und 2014 von 254 Millionen Euro - prognostiziert wird, ist nicht nachvollziehbar. Wir haben zwar schon einiges zu den Transferleistungen gehört; lassen wir sie aber einmal außen vor. Das klingt nicht gut und sieht auch nicht gut aus. Auch der neue Sanierungsbeschluss vom 13. September 2011 ändert nichts an den Zahlen. Für 2015 wird sogar ein Fehlbetrag von circa 280 Millionen Euro erwartet.

Im Prinzip sind wir wieder da, wo wir vor zwei Jahren waren. Für die Haushaltsdefizite werden bereits seit Jahren strukturelle Defizite und Fehlentwicklungen in Köln verantwortlich gemacht, und es wird auf diese verwiesen. Was sind das denn für Aussagen? Viel stärkere strukturelle Defizite - Herr Börschel hat eben auch darauf hingewiesen - haben viele Kommunen im Ruhrgebiet und in den neuen Bundesländern, denen die entsprechende Wirtschaftskraft fehlt. Es muss doch gerade die Aufgabe der Politik und der Verwaltung sein, in einem vertretbaren Zeitraum Lösungen zu finden und Veränderungen herbeizuführen.



Ich glaube - ich muss es hier sagen -, dass die strukturellen Defizite zum Teil eher an unseren Entscheidungsträgern liegen. Schon bei der Vergabe von Posten wird nicht unbedingt auf die Qualifikation, sondern mehr auf den Parteienproporz geachtet. Überfällige und notwendige Reparaturen an öffentlichen Einrichtungen - besonders sind hier Schulen, Kitas und Verkehrswege zu nennen - fehlen. Stattdessen versuchen die verantwortlichen Entscheidungsträger, nicht notwendige, in der Regel aber mit hohen Folgekosten verbundene Prestigeobjekte und parteiideologische Träumereien mit Investitionen von erheblichen Millionenbeträgen selbstherrlich durchzusetzen, ohne hierbei den Willen der Bürger und die Realität der leeren Kassen zu berücksichtigen. Das ist ein Problem in dieser Stadt.

Wer zum Beispiel hat die Stadt Köln veranlasst, den Erwerb von Finanzanlagen der Sparkasse KölnBonn aufgrund der Neuordnung der Beteiligungen im Zusammenhang mit dem Prüfverfahren der EU-Kommission mit 172 Millionen Euro zu finanzieren? Was will die Stadt mit diesen Beteiligungen, die teilweise auch noch verlustbringend sind? Ich möchte hier keine Beispiele aufführen; das würde wahrscheinlich meine Redezeit von zehn Minuten überschreiten.

Die Kassenkredite haben Ende 2010 wieder eine Höhe erreicht, die letztmalig 2005 bestand. In den Jahren 2006 und 2009 waren diese Kredite kontinuierlich gesunken; zum Stichtag 31. Dezember lagen sie immer wesentlich niedriger.

Die Sparversuche der rot-grünen Mehrheit bestehen meistens nur darin - das wurde heute schon erwähnt; ich muss es aber auch sagen -, Einnahmen durch Steuern und Gebühren zu erhöhen sowie neue Steuern und Gebühren festzusetzen: Gewerbesteuer, Grundsteuer, Bettensteuer, Zweitwohnungsteuer, Parkgebühren, Schneegebühren usw.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Armutzeugnis hierzu hat Rot-Grün im Dezember 2011 mit der Diskussion um die Erhöhung der Grundsteuer abgegeben. Das haben wir alles noch in Erinnerung.

Was haben Sie denn bisher Vorzeigbares erreicht?

Aktuell registriert der Bürger die Schließung - ich muss noch einmal darauf zu sprechen kommen - zweier Schwimmbäder gegen den Willen der

Bürger. Natürlich ist der Leuchtturm ein Leuchtturm und ein Vorzeigeprojekt. Wir sollten aber erst einmal abwarten. Die Nachhaltigkeit eines solchen Projektes kann nicht nach einem knappen Jahr beurteilt werden. Dafür muss man ein paar Jahre vergehen lassen. Der Neuigkeitswert führt dazu, dass viele Leute kommen. Die Nachhaltigkeit - vor allen Dingen in der Richtung, dass die Kinder und Jugendlichen dieser Stadt dieses Bad annehmen und es auch im schulischen Rahmen nutzen können - wird sich aber erst später herausstellen.

Weiterhin ist das Verkehrschaos rund um die Uhr mit unzähligen - sicherlich auch schlecht organisierten und mangelhaften - Baustellen bzw. Großbaustellen prägend für diese Stadt.

Mit dieser Haushaltspolitik und besonders der desaströsen Verkehrspolitik treffen Sie die Wirtschaftskraft Kölns mitten ins Herz. In den nächsten Jahren werden Sie es bestimmt schaffen, sie weiter zu schwächen.

Unter diesen Voraussetzungen besteht für maßgebliche Politiker nicht nur die Gefahr, sondern durchaus die Chance, das aktuell sehr geringe Image von Bankern noch zu toppen. Das kann doch nicht unser Ziel sein.

Normalerweise haben Bürger in der heutigen Zeit viel Verständnis für sinnvolle Sparmaßnahmen. Aber auffällig ist doch, dass vermehrt die verantwortlichen Politiker es immer wieder schaffen, durch Realitätsfremde, Borniertheit und die beharrliche Durchsetzung fragwürdiger und kostspieliger Imageprojekte jegliches Bürgervertrauen zu zerstören.

Die Haushaltsfehlbeträge werden aus der allgemeinen Rücklage genommen. Schön, dass wir demnächst vielleicht 10 Prozent nehmen können! Dann hätten wir unser Vermögen wahrscheinlich innerhalb von zehn Jahren abgebaut. Jährlich werden Summen entnommen. Jetzt sind es 3,8 Prozent, sodass die Messlatte noch nicht gerissen wird. 2015 wären es 5,5 Prozent. Damit hätten wir die Messlatte gerissen.

Wie lange kann man so etwas eigentlich praktizieren, bis man pleite ist? Die Griechen haben uns doch gezeigt, wohin das führt. Das ist Vernichtung von Vermögen und Allgemeingut.

Durch schöne Reden und Beschlüsse, Zahlenspielereien und Arbeitsgruppen wird doch kein Euro gespart, wenn die Umsetzung nicht

funktioniert oder vielleicht auch bewusst boykottiert wird.

Es ist legitim und ehrlich, wenn man zur Vermeidung der Zwangskonsolidierung versucht, die Entnahme des Fehlbetrages aus der Rücklage für zwei aufeinanderfolgende Jahre unter 5 Prozent zu halten, um die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu vermeiden. Ziel müsste es aber sein, möglichst schnell ohne neue Schulden auszukommen.

Im Übrigen: Wie wollen wir denn über Zahlen entscheiden, wenn noch nicht einmal zuverlässige Vergleichswerte vorliegen? Ich erinnere beispielsweise an die unsägliche Diskussion des Wirtschaftsplans im Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln. Das, was dort vor zwei Tagen noch diskutiert wurde und im Grunde genommen immer noch nicht schlüssig war, ist eigentlich keine Grundlage für einen heutigen Beschluss.

Ich kann verstehen, dass sich viele meiner Kolleginnen und Kollegen nicht mit den Einzelzahlen beschäftigen können. Man sollte sich aber etwas näher mit der Frage befassen, wer die Zahlen ermittelt und zusammenstellt und wer auf diese Personen in Köln vielleicht einen gewissen Einfluss ausüben kann.

Ich komme zum Schluss. In der freien Wirtschaft könnten solche Nachlässigkeiten zwangsläufig zu einer Insolvenz führen.

(Beifall bei der FDP und pro Köln)

Haben Sie sich schon einmal überlegt, dass es andere Städte bzw. Gemeinden gibt, die es besser machen bzw. besser gemacht haben? Kann Köln sein haushaltspolitisches Image nicht auch noch verbessern - das wurde heute schon angesprochen -, indem man einmal zusammenrückt und dann schaut, was man für diese Stadt gemeinsam erreichen kann?

Die Verantwortung hierfür tragen Sie. Diese Verantwortung sollte nicht nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ auf die nächste Generation verschoben werden.

Wegen der vorläufigen und fragwürdigen Zahlen und des nicht erkennbaren bzw. umgesetzten Sparwillens - das wurde von einigen Rednern hier auch schon angedeutet - kann ich für die Freien Wähler Köln diesem Haushaltsentwurf nicht zustimmen. - Danke.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann, bitte.

**Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde):** Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne! Sparen habe ich bislang immer so verstanden, dass ich von meinem mir zur Verfügung stehenden Geld einen Teil zurücklege, ob nun für schlechte Zeiten oder für größere Investitionen.

Sparen in Köln bedeutet jedoch etwas anderes. Geld, das zur Seite gelegt werden könnte, ist nicht vorhanden. Sparen bedeutet in Köln daher ein zwar zaghaftes, aber für manche sehr schmerzhaftes Kürzen. Von einem wenigstens ausgeglichenen Haushalt sind wir weit entfernt. Heute wurde schon mehrfach betont, dass das ohne Hilfe von Land und Bund vermutlich gar nicht klappen wird.

Was mich in diesem Zusammenhang immer wieder irritiert, ist die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit der Kommunen in Land und Bund. Hier haben doch die meisten den Mitgliedsausweis einer in Bund oder Land regierenden Partei in der Tasche. Doch innerhalb der eigenen Partei scheint die Durchsetzungsfähigkeit eher gering zu sein.

(Beifall bei pro Köln und der Linken)

Wenn Sie die Kommunalfinanzen wirklich neu sortieren und retten wollen, fassen Sie bitte auch die entsprechenden Beschlüsse.

Mir ist durchaus bewusst, dass hier ein Umdenken beginnt, etwa in der Landesregierung. Doch dies geschieht viel zu langsam.

Der Schuldner als Sklave - einmal sehr frei nach David Graeber - oder: nach einem langen und schmerzhaften Konsolidierungsprozess endlich wieder die Freiheit zurückgewinnen; die Freiheit, hier im Rat endlich auch einmal wieder zu gestalten. Es würde doch auch mehr Spaß machen, unsere Stadt hin zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft fortzuentwickeln, als immer nur am Nothaushalt entlangzuschrammen.

Um dieses Ziel, die finanzielle Freiheit, wieder zu erreichen, sind zunächst jahrelange Kürzungen notwendig. Auch wenn Kürzungen unpopulär sind, hat doch jeder Vorschläge - allerdings stets abhängig davon, welcher Lobby oder Klientel man sich verpflichtet fühlt.

Wir müssen es aber schaffen, die Haushaltssanierung zu einer gesamtstädtischen Aufgabe zu machen, bei der jede und jeder Einzelne ihren und seinen Teil dazu beiträgt, das gerade erwähnte große Ziel zu erreichen. Lediglich Pfründe zu verteidigen, ist zwar legitim, muss im Sinne einer gemeinsamen Lösung aber überwunden werden.

Wie wäre dies zu erreichen? Hier gilt es, besser als bislang den Prozess der Konsolidierung zu erläutern und zu moderieren. Im Falle Oper/Laufenberg ist dies etwa nicht gelungen. Wir müssen in Zukunft Interessenverbände, aber auch jeden Einzelnen der Stadtgesellschaft früher und besser einbinden. Dies kann nur gelingen, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger und ihre Anliegen auch wirklich ernst nehmen; denn sonst ist eine Mitarbeit nicht zu erreichen.

Gescheitert sind diese Versuche etwa beim Bürgerhaushalt. Man stellt dem Bürgerhaushalt nicht nur keine Mittel mehr zur Verfügung; man akzeptiert noch nicht einmal die Ergebnisse dieser besseren Umfrage.

Wünschen sich die Bürger auf Platz eins im Bereich Jugend den Erhalt ihres Hallenbades, ist die Antwort darauf der Abriss.

Gespannt bin ich auch auf die Reaktion von Verwaltung und rot-grüner Mehrheit auf das Ergebnis des Bürgerhaushalts im Kulturbereich. Mit Abstand auf Platz eins fordern die Bürgerinnen und Bürger Kölns den Erhalt des Autonomen Zentrums in Kalk. Wird dieser Wille ernst genommen, oder droht auch hier die Abrissbirne? Erhalten Sie das AZ in Kalk! So günstig gewinnen Sie selten Sympathien in Köln-Ost.

(Beifall bei der Linken)

Es gab in den letzten Monaten aber auch positive Beispiele, um die angestrebte bessere Zusammenarbeit zwischen der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu erreichen. Ein gutes Signal war die heute auch schon erwähnte Bürgerbeteiligung beim Helios-Gelände. Die Ergebnisse der Beteiligung sind eindeutig und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger oft bis ins Detail formuliert. Jetzt müssen die Verwaltung und die Ratsmehrheit aber auch beweisen, dass sie diesen Willen ernst nehmen, und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in rechtsverbindliche Beschlüsse umsetzen. Dies könnte ein Baustein auf dem Weg zu einem Konsens in der Stadtgesellschaft sein - einem

Konsens, den wir dringend benötigen, wenn wir gemeinsam sparen wollen.

Herr Oberbürgermeister, bereits bei Ihrer Amtseinführung sagten Sie, dass in Köln ob der Sparmaßnahmen ein großes Zähneklappern beginnen werde. Noch sind Ihre Schritte aber zu zaghaft. So spricht Rot-Grün ja auch von einem Übergangshaushalt. Ich bin gespannt, wann Sie sich auch an die dicken Brocken herantrauen.

Dies ist auch meine Kritik. Mit Entsetzen lese ich von der geplanten Schließung einer Drogenberatungsstelle im Rechtsrheinischen und dem Ausstieg aus der KölnAgenda. Im Haushalt sind das kleine Fische. Aber einer generellen Neubewertung etwa des Projekts Archäologische Zone verweigern sich Stadtverwaltung und Rot-Grün. Herr Börschel erwähnte zwar die Verhandlungen mit dem LVR. Doch auch dann, wenn diese erfolgreich verlaufen, bleiben der Stadt Köln immense Baukosten. Auch die Betriebskosten in Millionenhöhe gehen ja nicht auf null zurück. Sie werden nur an anderer Stelle vom Steuerzahler bezahlt; in diesem Fall ausgerechnet - durch die Landschaftsumlage - auch von den ärmeren Kommunen im Ruhrgebiet. - So viel am Rande zum Thema „Solidarität in der kommunalen Familie“.

Wir wollen hier im Rat wieder gestalten. Dazu ist nicht nur eine Neuverteilung der landes- und bundesweit zur Verfügung stehenden Mittel nötig; dazu gehört auch der zwingend notwendige Mut, unpopuläre Sparmaßnahmen zu ergreifen.

Diese Sparziele zu definieren, sollte im Konsens mit der Stadtgesellschaft gelingen, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.

Ich wünsche der Verwaltung und dem Rat dazu gutes Gelingen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Vielen Dank, Herr Zimmermann. - Damit schließe ich die Rednerliste.

Wir kommen jetzt zu den Einzelabstimmungen und danach zur Gesamtabstimmung über den Haushalt 2012.

Ich rufe auf:

**2 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der**

### **Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **2.1 Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Budgeterweiterung für Mitternachtssport“ AN/0484/2012**

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

#### **2.2 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Kürzung der Fraktionszuwendungen um 50 Prozent“ AN/0006/2012**

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit abgelehnt.

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

#### **2.3 Änderungsantrag der LIGA hier: Verweisung des Jugendhilfeausschusses aus seiner Sitzung am 21.11.2011**

Wir stimmen ab, wie in die Haushaltsplanberatungen verwiesen.

Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu:

#### **4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **4.1 Besetzung der Referentenstelle für Interkulturelle Projekte in der Kulturverwaltung AN/1089/2012**

Eine schriftliche Beantwortung wird nachgereicht.

Ich rufe auf:

#### **7 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Beschlussvorlagen**

##### **7.1. Haushaltsplan-Entwurf 2012**

#### **Festsetzung der bezirksbezogenen Haushaltsmittel nach § 37 Abs. 3 GO NRW 2471/2011**

##### **Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1844/2011**

Wer für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Vorlage. Wer gegen die Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann enthält sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.2:

##### **7.2 Vergabe der Strukturförderung im Filmbereich, Haushaltsjahre 2012 - 2014 3226/2011**

Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.3:

##### **7.3 Erstmalige Vergabe von Konzeptionsförderung in der Sparte Freier Tanz, Hj. 2012 -2014 4185/2011**

Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit ist sie bei Enthaltung der Fraktion pro Köln angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.4:

##### **7.4 Kölner Haus der Innovationen hier: Gründungsprozess 4514/2011**

Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.5:

##### **7.5 HyCologne - Wasserstoff Region Rheinland e. V. hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln 4564/2011**

Wer ist gegen diese Vorlage? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 7.6:

**7.6 Hochschulgründernetz Cologne e. V. - hgnc  
hier: Mitgliedschaft der Stadt Köln  
4565/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Wir kommen zu:

**8 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung**

**8.1 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2011/12  
1759/2012**

Abstimmung wie im Finanzausschuss.

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und von Herrn Zimmermann so beschlossen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.2:

**8.2 Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2012  
5278/2011**

Abstimmung wie im Finanzausschuss vom 18. Juni 2012, Anlage 8.

Wer ist gegen diesen Wirtschaftsplan? - Das sind die Fraktionen der FDP und der CDU sowie Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Zimmermann ist dies so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.3:

**8.3 Abführung an den städtischen Haushalt für 2012  
5279/2011**

Wir stimmen ab über die Vorlage in der Neufassung, wie es im Veränderungsnachweis 5 vorgelegt worden ist.

Wer für diese Beschlussvorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltung. Damit ist das so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.5:

**8.5 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungs-vorschlägen der Verwaltung**

**2131/2012**

Dazu gibt es Neufassungen in den Anlagen 1 und 2, die Ihnen gestern zugegangen sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen diese Beschlussfassungen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Hoffmann ist dies entsprechend angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.7:

**8.7 KölnMusik GmbH  
hier: Betriebskostenzuschuss für die Jahre 2013 ff., Durchführung des Festivals „AchtBrücken für Köln“ in den Jahren 2013 - 2015  
1989/2012**

Wer gegen diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 8.8:

**8.8 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 24 000 Plätze  
1050/2012**

Wer für diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke., Herr Hoffmann, Herr Zimmermann, die Fraktion der CDU, die Fraktion pro Köln und die Fraktion der FDP. Dann hätte ich auch andersherum abstimmen lassen können. Damit ist diese Vorlage aber einstimmig angenommen. Das ist auch ein gutes Zeichen für die Bildungspolitik in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Zu Tagesordnungspunkt 8.9:

**8.9 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012/13  
2230/2012**

Wir kommen zur Abstimmung.

(Zurufe)

- Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Die Verwaltung wollte doch eine  
Erklärung abgeben!)

- Dazu ist Folgendes zu sagen: Es gibt einen entsprechenden Wirtschaftsplan. Er ist im Betriebsausschuss Bühnen der Stadt Köln vorgelegt worden und von mir auch weitergeleitet worden, da die Kämmerin mir anheimgestellt hatte, ihn entsprechend weiterzuleiten. Es gibt aber noch Nachfragen, auch vonseiten der Kämmerin, bezogen auf das Istergebnis des Vorjahres, das noch nicht vorliegt, und auch weitere Fragen, die noch im Einzelnen geklärt werden sollen.

Deswegen schlage ich vor, dass wir diese Vorlage heute in die Sitzung des Hauptausschusses verschieben, die für den 6. August 2012 vorgesehen ist, um in der Zwischenzeit noch die weiteren Vorklärungen vornehmen zu können. - Herr Frank, bitte.

**Jörg Frank** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, im Grundsatz teilen wir das. Der vorliegende Wirtschaftsplan entspricht nicht den gesetzlichen Erfordernissen der Eigenbetriebsverordnung. Das könnte zu Beanstandungen führen.

Wir haben auch den Vorteil, dass dieser Wirtschaftsplan erst am 1. September 2012 zur neuen Spielzeit in Kraft tritt. Daher besteht noch eine Korrekturmöglichkeit.

Wir möchten heute aber beschließen, dass der Betriebskostenzuschuss, wie in der Vorlage beinhaltet, 51 148 000 Euro beträgt und entsprechend der Vorlage auf die Sparten aufgeteilt wird. Das wollen wir heute hier festhalten, um damit auch gegenüber den Bühnen ein klares Signal zu setzen, wofür wir stehen.

Dann würden wir Ihrem Vorschlag folgen, den Beschluss über den Wirtschaftsplan zu vertagen. Nach meiner Kenntnis ist im Laufe des Monats August dieses Jahres eine Sitzung des Hauptausschusses geplant. Die Betriebsleitung und das Dezernat VII haben dann die Gelegenheit, im Einvernehmen mit der Kämmerin dort einen gesetzlich sauberen Wirtschaftsplan vorzulegen. Wenn er dort beschlossen würde, würde er auch noch rechtzeitig zum 1. September 2012 in Kraft treten können. - Das ist der Vorschlag.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Okay. - Wir nehmen das als Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:  
Und der Fraktion der SPD!)

- und der Fraktion der SPD - entgegen und kommen deshalb zur Abstimmung über diesen Antrag. - Herr Granitzka.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei uns herrscht noch Unklarheit. Die 51 Millionen Euro sind doch in Bezug auf die DE schon beschlossen worden. Machen wir das jetzt noch einmal?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja. Wie ich es verstanden habe, ist das noch einmal eine Bekräftigung dessen. Das möchte man als Signal in die Öffentlichkeit senden. - Okay.

Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, dass wir noch einmal den Betriebskostenzuschuss von 51 148 000 Euro zugunsten der Bühnen unter Berücksichtigung der bisherigen Spartenauftrennung bekräftigen und gleichzeitig den Wirtschaftsplan zur weiteren Beschlussfassung in die Sitzung des Hauptausschusses am 6. August 2012 weiterleiten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Enthaltungen der Fraktion Die Linke. und von Herrn Hoffmann. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

### **9 Bürgerhaushalt 2012 - Umsetzung der Vorschläge 1838/2012**

Wir stimmen ab, wie im Finanzausschuss am 18. Juni 2012 beschlossen.

Dazu gibt es aber eine Wortmeldung. Haben Sie eine Frage?

**Jörg Detjen** (Die Linke.): Nein, eine Bitte. Ich bitte, punktweise abzustimmen und dann noch einmal eine Gesamtabstimmung zu machen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Bei TOP 9?)

- Ja, beim Bürgerhaushalt. Da gibt es mehrere Punkte.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Wir haben eben beschlossen, dass wir ohne weitere Wortbeiträge über die Vorlagen so abstimmen, wie sie Ihnen vorgelegt worden sind. - Meine Damen und Herren, der Beschlusstext ist vom Finanzausschuss in drei Punkten modifiziert worden. Das liegt Ihnen mit der Vorlage vor - Finanzausschuss, Anlage 9. Ich bitte Sie, dies aufzuschlagen, damit ich es nicht im Einzelnen vorlesen muss. Wir stimmen jetzt also über jeden Punkt einzeln ab.

Ziffer 1: Wer gegen diese Beschlussempfehlung des Finanzausschusses ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke. und von Herrn Zimmermann so angenommen.

Ziffer 2: Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Ebenfalls keine. Angenommen.

Ziffer 3: Wer ist dagegen? - Dagegen ist die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Herr Zimmermann enthält sich. Damit angenommen.

Dann kommen wir zur Gesamtabstimmung zu Tagesordnungspunkt 9. Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Die Fraktion Die Linke. und Herr Zimmermann enthalten sich. Damit ist die Vorlage angenommen.

Wir kommen zu:

## **10 Stellenpläne**

### **10.1 Stellenplan für das Jahr 2012 0011/2012**

Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist die Fraktion der CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion der FDP, der Fraktion pro Köln und von Herrn Hoffmann ist dieser Stellenplan so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

### **10.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2012 4981/2011**

Wer gegen diese Vorlage ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist dieser Stellenplan so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

### **10.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012 5141/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln ist er angenommen.

Zu 10.3.1:

#### **10.3.1 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2012 1718/2012**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

### **10.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2012 5212/2011**

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

### **10.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für das Jahr 2012 5175/2011**

Wer ist dagegen? - Gegenstimmen der CDU. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Fraktion pro Köln und von Herrn Hoffmann ist das so angenommen.

Damit kommen wir zur endgültigen Abstimmung unter Tagesordnungspunkt 11:

## **11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2012 2399/2012**

Abstimmung mit der Ergänzung des Beschlusstextes, wie er Ihnen vorliegt, einschließlich Prüfungsauftrag aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 18. Juni 2012.

Darüber stimmen wir jetzt ab. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und der OB. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit sind die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan angenommen. - Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall bei der SPD und dem  
Bündnis 90/Die Grünen)

Damit sind wir - - Herr Granitzka hat noch eine Frage. Bitte.

**Winrich Granitzka** (CDU): Herr Oberbürgermeister, da wir keinen Punkt „Verschiedenes“ haben, muss ich das an dieser Stelle ansprechen. Sie haben eben ein Datum für die Sitzung des Hauptausschusses genannt. Das liegt uns nicht vor. Ist das der 6. August 2012?

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Das ist noch offen. Es wird möglicherweise der 6. August 2012 sein.

**Winrich Granitzka** (CDU): Okay. Den Termin bekommen wir also noch.

**Oberbürgermeister Jürgen Roters:** Ja, der Termin wird noch mitgeteilt. - Ein vorheriger Termin ist deswegen schwierig, weil Vorsitzender und Stellvertreter jeweils im Urlaub sind.

Dann beende ich diese Sitzung und lade Sie für 14 Uhr zur weiteren Plenardebatte ein.

(Schluss: 11:56 Uhr)